

Das Streben nach »Sicherheit« in den 50er Jahren

Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen

1. SICHERHEIT ALS GESELLSCHAFTLICHES UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHES PROBLEM

Das Unterfangen, Bestimmungsgründe und Erscheinungsformen eines teils aufgrund eigener Primärerfahrungen nachvollziehbaren, teils durch die zeit- und kulturkritische Reflexion vermittelten – jedenfalls hier einmal als reales Phänomen anzunehmenden – Sicherheitsstrebens in der Bundesrepublik der 50er Jahre auszumachen, ist zunächst einmal einer sozialwissenschaftlichen Relativierung ausgesetzt. Diese Relativierung geht dahin, daß das Streben nach Sicherheit nicht als Spezifikum einer bestimmten historischen Epoche angesehen werden kann. Menschliche Existenz setzt immer ein bestimmtes Maß an Sicherheit voraus. Menschliches Handeln, sei es in individueller oder kollektiver Form, bedarf zu seinem durchschnittlichen Gelingen hinreichend sicherer Rahmenbedingungen und ist andererseits in gewissem Umfang auch immer auf die Herstellung solcher Sicherheit gerichtet. Unter Berücksichtigung anthropologischer Befunde ließe sich sogar sagen, daß die »Bedeutung« von Gesellschaft für die ihr angehörenden Menschen wesentlich darin liegt, daß sie Bedingungen für die Erzeugung und Aufrechterhaltung eines bestimmten Niveaus der Sicherheit schafft.

Solche Sicherheit ist immer gefährdet durch Ereignisse in der Umwelt von Gesellschaften. Solche Sicherheit wurde und wird aber auch immer zerstört durch gesellschaftliche Entwicklungen selbst, die zeigen, daß das Verhältnis des Menschen zur Gesellschaft nicht ein stabiles, sondern – freilich abhängig vom Grad der internen Differenzierung und dem Ausmaß der erreichten Komplexität – ein dynamisches ist. In dieser Dynamik entsteht für den einzelnen und das soziale System immer wieder Unsicherheit, die in individuellen Handlungsvollzügen und kollektiven (d. h. in der modernen Gesellschaft in der Regel: politischen) Strategien reduziert werden muß.

Alles in allem erscheint es also für eine sozialwissenschaftliche Analyse nicht zulässig, ein feststellbares Streben nach Sicherheit als solches als charakteristisch für ein raum-zeitlich abgegrenztes soziales Gebilde anzusehen. Für ein solches Gebilde, in unserem Fall die Bundesrepublik der 50er Jahre, kann nicht das Sicherheitsstreben an sich kennzeichnend sein, sondern nur die Formen, in denen sich dieses Streben vollzieht, die Objekte, auf die es sich vornehmlich richtet, und die Intensität, in der es sich für die Beteiligten und den Beobachter äußert. Hinzu tritt im konkreten Fall, und dies könnte in der Tat als ein gewisser »qualitativer Sprung« angesehen werden, daß das Streben nach Sicherheit Kaufmann zufolge seit den 30er Jahren auch verstärkt gesellschaftlich thematisiert wird¹. Diese

¹ Franz-Xaver Kaufmann, *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem*, Stuttgart 1970, S. 13.

Thematisierung, der Kaufmann in seiner umfangreichen Arbeit nachgegangen ist, signalisiert, daß gesellschaftliche Entwicklungen eine Richtung genommen haben, die die Auflösung individueller und kollektiver Unsicherheitsfelder nicht mehr unter der Selbstverständlichkeitsschwelle der persönlichen Erfahrung und der gesellschaftlichen Diskussion verbleiben lassen: Das Vorhandensein von Unsicherheit wird gleichsam zum sozialen Problem, die Herstellung von Sicherheit zur gesellschaftlichen Zielvorstellung.

Der gesellschaftliche Erfahrungshorizont, der die verstärkte Thematisierung von Sicherheit bedingt, schließt, so stellt Kaufmann fest, im wesentlichen vier Bereiche allgegenwärtiger Unsicherheit ein. Es sind dies die wirtschaftliche Unsicherheit, die mit der Zunahme der abhängig Beschäftigten und deren Existenzbedrohung durch Krankheit, Unfall, Invalidität, altersbedingter Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit zusammenhängt, die politische Unsicherheit, die an der Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen festgemacht ist, die Unsicherheit der Orientierung, die auf die Unbestimmtheit der Lebensbezüge zurückgeht, und die Selbstunsicherheit, die sich vor allem auf das Phänomen des neurotischen Menschen bezieht².

Was angesichts der diagnostizierten Unsicherheitsfelder Sicherheit meinen kann, ist demgegenüber nur undeutlich auszumachen. Dies hängt ganz gewiß damit zusammen, daß Sicherheit ein mehrdeutiger Begriff mit einer hohen sozialen Wertbesetzung und mit einer Appellqualität als gesellschaftliche Zielvorstellung ist. Aus der feststellbaren Bedeutungsamalgamierung arbeitet Kaufmann drei Sicherheitskonzeptionen heraus: Geborgenheit – oder Stabilisierung am Außengaranten; Systemsicherheit; Selbstsicherheit – oder Stabilisierung am Innengaranten³. Da für die Zwecke dieses Analyseentwurfs eine Differenzierung nach den drei Sicherheitskonzeptionen als zu aufwendig und angesichts des nur indirekten Zugangs zu den in den Umkreis der Betrachtung gehörenden Datenbeständen auch als zu spekulativ erscheint, soll im folgenden unter »Sicherheit« vor allem eines verstanden werden: die Abwesenheit von Gefahr. Unter Gefahr ist dabei wieder im Anschluß an Kaufmann »die Möglichkeit des Eintretens eines als negativ bewerteten Ereignisses« zu verstehen⁴. Solche negativen Ereignisse sind einmal aus der physischen und sozialen Umwelt des Menschen zu erwarten. Darüber hinaus erwachsen Gefahren aber auch aus dem Erleben und der inneren Handlungsführung (d. h. den emotionalen und energetischen Prozessen, die »äußeres« Handeln begleiten) des einzelnen⁵.

Die Kategorien der »Sicherheit« und der »Unsicherheit« verweisen immer auf die Kategorie der Zeit. Unmittelbar einsichtig ist dabei, daß Gefahr, welche in die Erfahrung von Unsicherheit eingeht, sich auf Zukünftiges bezieht. Eine individuell erlebte oder kollektiv erfahrene Situation ist allerdings nicht deshalb für die Beteiligten unsicher, weil ein Ereignis mit negativer Wertigkeit eintreten wird, sondern weil der Eintritt weder als gewiß noch als unmöglich eingestuft werden kann. Die Unsicherheit besteht also in der Ungewißheit des Eintretens. Weitaus weniger Beachtung wurde bislang der Tatsache geschenkt, daß auch Vergangenes nicht sicher ist. Zwar lassen sich vergangene Ereignisse durch Handeln nicht mehr verändern, doch unterliegen solche Ereignisse einem Wandel ihrer Bewertung.

2 *Ebda.*, S. 16–27.

3 *Ebda.*, S. 234–255.

4 *Ebda.*, S. 167.

5 Zum Begriff der inneren Handlungsführung siehe *Friedrich H. Tenbruck*, *Geschichtserfahrung und Religion in der heutigen Gesellschaft*, in: *Spricht Gott in der Geschichte?* Freiburg 1972, S. 41–50. Dazu auch *Hans Braun*, *Soziales Handeln und soziale Sicherheit*, Frankfurt/New York 1978, S. 22 ff.

Auch das Gewesene kann, wie Luhmann sagt, »nicht vor der Möglichkeit künftiger Entdeckung einer anderen Vergangenheit sicher« sein⁶. Dies äußert sich im persönlichen Bereich darin, daß getroffene Entscheidungen wie Parteibeitritt, Berufswahl und Wohnortwechsel im Zeitablauf unterschiedlich bewertet werden⁷, dies äußert sich auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene darin, daß weitgehend geteilte oder unter Monopolbedingungen aufoktroyierte Geschichtsdeutungen und Weltanschauungen sich im Fortgang der historischen Entwicklung als falsch – eben als Ideologie – erweisen. Gerade diesem Problem sind nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes große Gruppen der Bevölkerung ausgesetzt, und aus den hierbei gemachten Erfahrungen heraus erwächst für viele das Bestreben, vor solchen und ähnlichen Gefahren »sicher« zu sein, indem man zunächst eine Distanz zur öffentlich-politischen Sphäre wahrt. Unsicherheit erzeugende Gefahren, so ließe sich das Gesagte zusammenfassen, liegen in der hier interessierenden Epoche also nicht nur in der Unbestimmtheit des sozialen Status, ökonomischer Unterversorgung und politischer Instabilität, sondern auch in der Unabgeschlossenheit historischer Bewertungen und der Diffusität gesellschaftlicher Leitbilder. Beide Arten von Gefahren einzugrenzen macht, auf eine allgemeine Formel gebracht, den Inhalt des Strebens nach Sicherheit in den 50er Jahren aus.

Die Voraussetzungen und Erscheinungsformen dieses Strebens nach Sicherheit offenzulegen und auf eine, wenn nicht durchgängig »empirisch« abgesicherte, so doch soziologisch plausible Ebene der Betrachtung zu projizieren, stellt für den Sozialwissenschaftler auf den ersten Blick ein reizvolles Unternehmen dar, erweist sich bei näherem Zusehen aber doch als schwieriges und riskantes Unterfangen. Eines steht dabei von vornherein fest: Aus dem komplexen Gefüge von zu bewältigender Vergangenheit, sozialstrukturellen Vorgaben, politischen und ökonomischen Entwicklungen, Alltagserfahrungen und Lebensgefühlen eröffnen sich nur einige Elemente dem sozialwissenschaftlichen Zugriff. Dies hängt außer mit den fachspezifischen Betrachtungsweisen der Soziologie auch mit der Art von »Daten« zusammen, die vorrangig in sozialwissenschaftliche Makroanalysen eingehen.

Solche Daten sind einmal die »hard facts« der amtlichen Statistik, die, in den meisten Fällen allerdings für den Sozialwissenschaftler wenig befriedigend, die demographischen, kulturellen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen eines sozialen Systems wiedergeben. Zu diesen hard facts treten in jüngster Zeit und im Zusammenhang mit dem Versuch, Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaft einander näher zu bringen, sogenannte »prozeßproduzierte« Daten, d. h. Daten, die nicht im Hinblick auf eine sozialwissenschaftliche Analyse erzeugt werden, sondern die im Verlauf ökonomischer, juristischer und administrativer Prozesse anfallen⁸.

Daten aus der Umfrageforschung kommt nach wie vor ein hoher Stellenwert in der sozialwissenschaftlichen Makroanalyse zu. Dies vor allem da, wo es um die subjektive Wahrnehmung sozialer Strukturen und die erlebnismäßige Verarbeitung ökonomischer und politischer Prozesse geht. Daraus ist nun keineswegs zu folgern, daß die Umfrageforschung den Königsweg in den Sozialwissenschaften darstellt. Zwar werden in der Öffentlichkeit Umfrageforschung und Soziologie oftmals als identisch angesehen, doch wird sich bei näherem

⁶ Niklas Luhmann, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart 1968, S. 9.

⁷ Tenbruck, a. a. O., S. 50–55.

⁸ Siehe hierzu Erwin K. Scheuch, *Die wechselnde Datenbasis der Soziologie – Zur Interaktion zwischen Theorie und Empirie*, in: Paul J. Müller (Hrsg.), *Die Analyse prozeßproduzierter Daten*, Stuttgart 1977, S. 5–41.

Zusehen kaum eine Position in der Soziologie finden lassen, bei der Umfragedaten zur allein akzeptierten Grundlage für die Analyse gemacht werden. Erstens weist das Instrumentarium der empirischen Sozialforschung, d. h. das Ensemble von Methoden und Techniken der Gewinnung von Informationen über die soziale Wirklichkeit, mehr auf als nur die Befragung und erstreckt sich auch auf Beobachtungsverfahren, auf Dokumentenanalyse und Fallstudie⁹. Zweitens sind gerade das Instrumentarium der Befragung und mit ihm verbundene Objektivitätsbegriff in den letzten Jahren teils von Vertretern eines marxistischen, teils von Vertretern eines phänomenologischen Ansatzes in der Soziologie besonders heftig kritisiert worden¹⁰. Diese Kritik vermag nun wahrscheinlich nicht das Instrument als solches zu verdrängen, wohl beleuchtet sie einmal mehr, daß Befragungsdaten zu relativieren, d. h. vor allem auf historische Rahmenbedingungen und situative Konstellationen des Befragungsprozesses hin zu durchleuchten sind.

Solche Relativierungen können oftmals in einer Analyse, die von der Sache her auf die Reduktion von Komplexität und nicht auf deren Steigerung hin angelegt ist, nicht ausreichend angebracht werden, doch sollte es Bestandteil einer von der Wissenschaft – und dabei in immer stärkerem Maße von den Sozialwissenschaften – bestimmten Kultur sein, die Beschränktheiten und Schwächen wissenschaftlicher Vorgehensweisen zu kennen. Und im Wissen um solche Beschränktheiten und Schwächen wird die Soziologie auch weiterhin Umfragedaten in ihre Aussagezusammenhänge einbeziehen. Daß ein unter Rückgriff auf solche Daten erstelltes Bild nur eine Schicht der Wirklichkeit wiedergeben kann, liegt dabei auf der Hand.

Im Zusammenhang mit dem Versuch, Verhaltenstendenzen und Lebensgefühle einer historischen Epoche unter sozialwissenschaftlichen Aspekten zu rekonstruieren, sind noch zwei weitere Datenbereiche von Bedeutung. Es handelt sich einmal um Daten aus Fallstudien und Monographien, wie sie vor allem in der Gemeinde- und Familienforschung erstellt werden. Eine andere Gruppe von Daten, deren Bewertung, was Aussagefähigkeit und Generalisierbarkeit anbelangt, allerdings noch größere Probleme aufwirft als die Umfrageforschung, stellen Äußerungen der zeitgenössischen Publizistik dar. Der immense Aufwand exakter Inhaltsanalysen führt in der Praxis deshalb dazu, daß solche Äußerungen vorwiegend zur Verdeutlichung von gesellschaftspolitischen Positionen und von intellektuell verdichteten Lebensgefühlen herangezogen werden.

Aus der Reflexion über typische sozialwissenschaftliche Datenbestände und ihre Aussagekraft ist noch eines zu folgern: Die Rekonstruktion der dominanten Verhaltenstendenzen und der psycho-sozialen Klimata einer Epoche kann nicht Aufgabe einer einzigen wissenschaftlichen Disziplin sein, sondern ist nur als Verbindung ganz unterschiedlicher Forschungsergebnisse denkbar. Insbesondere bedarf ein solcher Rekonstruktionsversuch der notwendigen Ergänzung durch die Geschichtswissenschaft. Diese notwendige Ergänzung gilt es im folgenden immer zu sehen, wenn unter sozialwissenschaftlicher Perspektive und unter Rückgriff auf für die Sozialwissenschaften übliche Datenbestände ein solcher, notwendigerweise partieller, Rekonstruktionsversuch unternommen werden soll.

⁹ Die Vielfalt der Methoden und Techniken wird schon ganz äußerlich sichtbar bei einem Blick in: René König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. I, Stuttgart 1967.

¹⁰ So etwa Hartwig Berger, Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit, Frankfurt 1974; Aaron V. Cicourel, Methode und Messung in der Soziologie, Frankfurt 1970.

2. DIE BUNDESREPUBLIK UND IHRE UNSICHERHEITSPOTENTIALE

Ausgangspunkt der Analyse müssen die kollektiven »Schicksalslagen« sein, welche das Leben der Bevölkerung im neugegründeten Staatsgebilde der Bundesrepublik Deutschland teilweise quer zu ökonomischen Klassenlagen bestimmen. Schicksalslagen in diesem Sinne sind: Vertreibung aus der angestammten Heimat jenseits von Oder und Neiße und aus den deutschen Siedlungsgebieten jenseits der Grenzen des ehemaligen deutschen Reiches, Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone bzw., nach dem 7. Oktober 1949, aus der DDR, Gesundheitsschäden durch die Teilnahme am Kriegsgeschehen, Verlust von Angehörigen (im Krieg gefallen, gestorben oder vermißt) und, daraus resultierend, der Status der Witwen, Halbweisen und Vollweisen, Kriegsgefangenschaft, Verlust von Hab und Gut durch die Kriegsereignisse (insbesondere durch alliierte Luftangriffe), Vermögensschäden (insbesondere an Sparguthaben) aufgrund der Währungsreform vom Juni 1948. Dies stellen die großen Schicksalskategorien dar, welche den Erfahrungs- und Erlebnishorizont der Menschen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik abgeben und individuelle Handlungstendenzen und Hoffnungen, aber auch öffentliches Meinungsklima und kollektive Erwartungen weitgehend bestimmen.

Im folgenden soll nun versucht werden, die Größenordnungen dieser Schicksalslagen zu umreißen und damit einen Eindruck zu vermitteln von dem sozialen Problem- und damit eben auch Unsicherheitspotential, das bei Gründung der Bundesrepublik als Hypothek auf diesem Staatsgebilde und auf der deutschen Bevölkerung lastet. Die erste Volkszählung am 13. September 1950 ergibt, daß zu diesem Zeitpunkt 4,42 Millionen Menschen in der Bundesrepublik leben, die aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße vertrieben wurden. West-Berlin weist eine Zahl von 118 000 Vertriebenen auf¹¹. Aus den deutschen Siedlungsgebieten jenseits der Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches leben 3,13 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und 24 800 in West-Berlin¹². Unter Einbeziehung aller Personenkreise mit Heimatvertriebenen-Merkmalen ergibt sich eine in der amtlichen Statistik geführte Gesamtzahl von 7,876 Millionen Vertriebenen¹³. Daß sich diese Zahl bis 1959 auf 9,556 Millionen erhöht¹⁴, hat neben dem Umstand, daß unter den aus der DDR in die Bundesrepublik eingewanderten Personen sich Heimatvertriebene befinden, seinen Grund auch darin, daß die Kinder der Vertriebenen dieser Bevölkerungskategorie zugerechnet werden. Diese Zählweise hat namentlich im Ausland immer wieder Kritik hervorgerufen¹⁵.

Neben die Schicksalskategorie der Heimatvertriebenen stellt sich in den Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik die Kategorie der Flüchtlinge aus der DDR. Schon bei der Zählung von 1950 werden 1,555 Millionen »Zugewanderte« erfaßt, d. h. Personen, die nach der Definition der amtlichen Statistik ihren »Wohnsitz am 1. 9. 1939 in Berlin oder im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone« hatten¹⁶. Nach dem Inkrafttreten des »Not-

11 *Dietrich Hilger*, Die mobilisierte Gesellschaft, in: *Richard Löwenthal / Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 97.

12 *Die deutschen Vertreibungsverluste*. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1958, S. 46.

13 *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1952, S. 30.

14 *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1960, S. 55.

15 Vgl. *Alfred Grosser*, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands nach 1945, München 1970, S. 285.

16 *Statistisches Jahrbuch ... 1952*, S. 30.

aufnahmegesetzes« vom 22. August 1950 ist zur Erfassung des Bevölkerungsstroms aus der DDR auf die Statistik der Aufnahmeverfahren zurückzugreifen. Danach werden in den Notaufnahmelagern von Gießen, Uelzen und West-Berlin bis 1959 insgesamt 2 139 877 Personen überprüft. Von diesen werden 1 581 780 Personen aufgrund des Notaufnahmengesetzes auf die Länder verteilt¹⁷. Die Zahl der überprüften Personen ist im Jahre 1953 als Reaktion auf den auf der zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 gefaßten Beschluß zum beschleunigten Ausbau des Sozialismus mit 348 157 am höchsten¹⁸. Es folgen die Jahre 1956 mit 298 965 Personen, 1957 mit 281 981 Personen und 1955 mit 273 226 Personen¹⁹. Insgesamt dürfte die Zahl der aus der DDR Geflüchteten erheblich höher sein als die Zahl der in Notaufnahmeverfahren erfaßten oder gar anerkannten Flüchtlinge. Aufgrund von Schätzungen gelangt Jolles für 1957 schon zu einer Zahl von über 3 Millionen Flüchtlingen²⁰.

Zu den kriegsbedingten Bevölkerungsbewegungen über die Grenzen des Bundesgebietes hinweg kommen noch jene, die im Zusammenhang mit der Rücksiedlung von im Verlauf der Kriegereignisse evakuierten Personen stehen. Bis zum 30. September 1957 werden im Bundesgebiet und West-Berlin 159 844 anerkannte Evakuierte zurückgeführt bzw. kehren selbst zurück²¹. Zu diesem Zeitpunkt warten noch weitere 282 614 Evakuierte auf ihre Rückführung²².

Auch die dritte große Schicksalsgruppe, die der Kriegsoffer, macht zeitweise über 4 Millionen Personen aus. Geht man von dem vom Bundesversorgungsgesetz erfaßten Personenkreis aus, so sind am Jahresende 1950 1,546 Millionen Personen zum Bezug einer Beschädigtenrente berechtigt. Diese Zahl erhöht sich bis 1952 noch auf 1,560 Millionen, um dann kontinuierlich auf 1,419 Millionen im Jahre 1960 abzusinken²³. Hinterbliebenenrente beziehen 1950 2,513 Millionen Personen, darunter 0,935 Millionen Witwen, 1,319 Millionen Halbwaisen, 36 000 Vollwaisen und 126 000 Elternteile. Die Zahl der Bezieher von Hinterbliebenenrenten erreicht ebenfalls 1952 mit 2,840 Millionen ihren Höhepunkt, um bis 1960 auf 1,834 Millionen zurückzugehen. Die Zahl der Witwen beläuft sich 1960 (nicht zuletzt wegen der in der Zwischenzeit an den Folgen von Kriegsleiden Verstorbenen) auf 1,164 Millionen, die der Halbwaisen auf 395 000, der Vollwaisen auf 22 000 und der hinterbliebenen Elternteile auf 159 000²⁴.

Versucht man, die quantitative Größenordnung der Sachgeschädigten und Währungsgeschädigten über die Statistik der Soforthilfe (d. h. die Vorläuferin des Lastenausgleichs) anzugehen, so zeigt sich, daß vom 1. September 1949 bis zum 31. August 1950 91 919 Anträge von Sachgeschädigten auf Unterhaltshilfe und 258 848 Anträge von Währungsgeschädigten genehmigt werden²⁵. Die Anzahl der tatsächlich zu unterstützenden Personen liegt dabei aber höher. Am 31. Dezember 1955 gibt es in der Bundesrepublik (ohne Saar-

17 *Statistisches Jahrbuch* . . . 1960, S. 76.

18 *Ebda.*, S. 76.

19 *Ebda.*, S. 76.

20 *Hiddo M. Jolles*, *Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge*, Köln/Berlin 1965, S. 98.

21 *Dokumente Deutscher Kriegsschäden*. Evakuierte. Kriegssachgeschädigte. Währungsgeschädigte. Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung, Bd. I, hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1958, S. 339.

22 *Ebda.*, S. 340.

23 *Übersicht über die Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1964, S. 120.

24 *Ebda.*, S. 121.

25 *Statistisches Jahrbuch* . . . 1952, S. 358.

land und Berlin) 60 788 Parteien in der Kategorie der Kriegssachgeschädigten und 179 752 Parteien in der Kategorie der Sparer, die Kriegsschadenrente nach dem LAG beziehen. Bis zum Ende des Jahres 1959 verringern sich diese Zahlen auf 56 098 bzw. 152 405²⁶. Ebenfalls bis zum 31. Dezember 1959 werden nach dem LAG 3 431 978 Anträge auf Hausratenschädigung in der Kategorie »Vertriebene« und 2 575 778 Anträge in der Kategorie »Kriegssach- und Ostgeschädigte« bewilligt²⁷. Die bis Ende 1959 erteilten Bescheide und Teilbescheide nach dem Lastenausgleich verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Schadensarten: land- und forstwirtschaftliches Vermögen 540 171, Grundvermögen 967 437, Betriebsvermögen 244 617, Gegenstände der Berufsausübung und Forschung 19 265 sowie Ansprüche und Beteiligungen 885 536. Von den insgesamt 2 657 026 erfaßten Schäden sind 1 826 164 Vertreibungsschäden, 792 449 Kriegssachschäden und 38 413 Ostschäden²⁸.

Eine weitere Schicksalslage ist die der Kriegsgefangenschaft. Mit der Kapitulation des Deutschen Reiches steigt die Zahl der sich in alliierten Händen befindenden Kriegsgefangenen auf 12 Millionen²⁹. Als erste werden die in Deutschland liegenden Kriegsgefangenenlager aufgelöst. Die Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus dem Ausland beginnt 1946. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 wird dann beschlossen, alle deutschen Kriegsgefangenen bis Ende 1948 zu repatriieren – ein Beschluß, der in dieser Form nicht eingehalten wird. Die am 14. März 1947 erstmals bekanntgegebenen Zahlen besagen, daß noch 1,988 Millionen deutsche Kriegsgefangene von den Alliierten zurückgehalten werden³⁰. Der größte Teil von ihnen, 631 000 bzw. 890 000, befindet sich in französischem bzw. sowjetrussischem Gewahrsam. In britischer Gefangenschaft sind 435 000 und in amerikanischer 31 000 Angehörige der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Dazu kommen noch etwa 300 000 Gefangene, die sich nach offiziellen Schätzungen in Lagern kleinerer Alliierten (Jugoslawien, Polen, Belgien) befinden, so daß die Gesamtzahl der deutschen Kriegsgefangenen mit 2,288 Millionen anzunehmen ist³¹. Die von der Sowjetunion genannten Zahlen sind die Ursache einer großen Unruhe in der deutschen Bevölkerung, da man bislang davon ausgegangen ist, daß noch 2,5 bis 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene sich lebend im Gewahrsam der UdSSR befinden³². Das Schicksal von 1,5 bis 2 Millionen Menschen bleibt so zunächst ungewiß.

Noch am 1. Juli 1952 beläuft sich die Zahl der Vermißten der ehemaligen deutschen Wehrmacht auf 1,320 Millionen³³. Für 583 000 ist dabei die Sowjetunion das Land, aus dem die letzte Nachricht stammt. Die Zahl der lebend ermittelten und verschollenen Kriegsgefangenen beträgt an diesem Stichtag rund 100 000, davon 85 400 in der UdSSR³⁴. Aus der Sowjetunion werden die letzten deutschen Kriegsgefangenen erst im Gefolge des Moskauer Besuchs von Adenauer im Jahre 1955 entlassen.

Gerade die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion und die Situation der Angehörigen von in der Sowjetunion zurückgehaltenen, vermißten oder verschollenen Gefangenen sind in der Bundesrepublik der 50er Jahre ein gewichtiger Faktor für das

26 *Statistisches Jahrbuch* . . . 1960, S. 409.

27 *Ebda.*, S. 410.

28 *Ebda.*, S. 410.

29 *Klaus Mehnert / Heinrich Schulte*, *Deutschland-Jahrbuch* 1949, Essen 1949, S. 268.

30 *Ebda.*, S. 268.

31 *Ebda.*, S. 268.

32 *Ebda.*, S. 269.

33 *Klaus Mehnert / Heinrich Schulte*, *Deutschland-Jahrbuch* 1953, Essen 1953, S. 140.

34 *Ebda.*, S. 140.

Fortbestehen einer antisowjetischen und damit eben auch teilweise antikommunistischen Stimmung, welche zu einem Bestandteil des politischen Alltags wird. Der Suchdienst des DRK mit seinen Befragungen bei Gefangenentreffen und seinen Suchmeldungen über den Rundfunk (in denen auch dem Schicksal anderer vom Krieg betroffener Personen nachgegangen wird) hält lange Zeit das Bewußtsein dafür wach, daß das Los einer großen Zahl von Menschen, vor allem im sowjetischen Einflußbereich, noch ungeklärt ist. Für nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung gehört so die Ungewißheit über das Schicksal von Angehörigen und damit auch über die rechtlichen und symbolischen Beziehungen zu diesen zu ihrem Lebensalltag.

Im Rahmen seiner Untersuchungen über die Wandlungen der deutschen Familie stellt Schelsky Schätzungen über die Größenordnung der »typischen sozialen Schicksale« im Nachkriegsdeutschland an³⁵. Solche Schicksale sind für ihn: Flucht und Vertreibung, die »Deklassierung im Sinne der Ausstoßung oder Suspendierung vom alten Beruf, meist aus politischen Gründen«³⁶, Tod des Ehemannes im Felde, Wohnungsverlust und Besitzeinbußen durch Ausbombung, lange Kriegsgefangenschaft des Mannes (vor allem in der Sowjetunion), Schwerversehrtheit des Familienvaters. Für Ende 1951 setzt er den Umfang der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge mit 9,1 Millionen an, die Zahl der im angegebenen Sinne »sozial Deklassierten« (soweit nicht schon in der Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen enthalten) wird auf 1,5 bis 2,5 Millionen geschätzt, die Gruppe der Witwen, Halb- und Vollwaisen macht 2,5 Millionen aus, die Zahl der Schwerversehrten beträgt 1,5 Millionen, die der Spätheimkehrer 2 Millionen und die der Bombengeschädigten wird mit 4,5 bis 6 Millionen angenommen³⁷. Eine Addition der genannten Zahlen ergäbe eine Summe von 21 bis 23,5 Millionen Menschen, die von »typischen sozialen Schicksalen« betroffen sind. Auch wenn davon auszugehen ist, daß die vielfältigen Überschneidungen der einzelnen Kategorien eine solche Addition nicht als sinnvoll erscheinen lassen, so ist doch anzunehmen, daß mehr als ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung von zumindest einer der großen Schicksalslagen betroffen ist. Und da, wo keine direkte Betroffenheit gegeben ist, sind die Problemlagen durch Erfahrungen in der Verwandtschaft, im Freundeskreis, in der Nachbarschaft oder ganz einfach durch die Berichterstattung in Presse und Rundfunk zumindest im Vorstellungshorizont vorhanden.

Eine indirekt durch den Weltkrieg bedingte Schicksalslage, die in ihrer Größenordnung ebenfalls nicht zu unterschätzen ist, stellt die der Arbeitslosigkeit dar. Im Jahresdurchschnitt 1950 gibt es 1,58 Millionen registrierte Arbeitslose. Erst im Jahresdurchschnitt 1955 wird mit 930 000 die Millionengrenze unterschritten. Noch 1958 aber gibt es im Durchschnitt 680 000 Arbeitslose³⁸. Von Bolte 1953 in Schleswig-Holstein durchgeführte Untersuchungen zur Berufsmobilität zeigen, daß von den Erwerbstätigen des Ausgangsjahres 1939, die jetzt der Altersgruppe der 50- bis 60jährigen angehören, in der Kategorie der »Einheimischen« 11,6 % und in der Kategorie der »Flüchtlinge« (die wohl Flüchtlinge und Vertriebene einschließt) 31,9 % arbeitslos geworden sind. Bei den jungen Erwerbstätigen des Ausgangsjahres 1939 sind bis 1953 in der Kategorie der »Einheimischen« 7,7 % und in der Kategorie der »Flüchtlinge« 15,0 % arbeitslos geworden³⁹. Am Anfang der 50er

35 Helmut Schelsky, *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Stuttgart 1967, S. 46 ff.

36 *Ebda.*, S. 47.

37 *Ebda.*, S. 48.

38 *Statistisches Jahrbuch . . . 1960*, S. 142.

39 Karl Martin Bolte, Ein Beitrag zur Problematik der sozialen Mobilität, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 8, 1956, S. 33 f.

Jahre stellen insbesondere jugendliche Arbeitslose eine Problemgruppe dar. Für die Jahresmitte 1951 errechnet Lohmar eine Zahl von rund 600 000 Arbeitslosen unter 25 Jahren, »d. h. jeder zehnte oder elfte Jugendliche oder, anders gesagt, ein vollständiger Jahrgang«⁴⁰. Welcher Stellenwert der Arbeitslosigkeit noch vor der Gründung der Bundesrepublik zukommt, zeigen Umfrageergebnisse vom März 1949. Dort geben 11 % der befragten Männer an, sie hätten Sorgen, im nächsten halben Jahr arbeitslos zu werden. 7 % der Befragten (9 % der Männer) sind zu diesem Zeitpunkt schon arbeitslos⁴¹. Noch im Oktober 1953 äußern 35 % einer Befragtengruppe die Auffassung, die Arbeitslosigkeit werde in den nächsten Jahren zunehmen⁴².

Das Vorhandensein der großen Schicksalslagen ist gewiß das gewichtigste Moment in dem gewaltigen Unsicherheitspotential, das die neugegründete Bundesrepublik belastet. Zu diesem Potential sind aber mindestens noch zwei weitere Momente zu rechnen. Das eine – empirisch-sozialwissenschaftlich nur indirekt faßbar – ist die Verstärkung weiterer Teile der Bevölkerung angesichts des Untergangs einer vielleicht gehaßten, vielleicht passiv hingenommenen, vielleicht auch akzeptierten, in jedem Falle aber das öffentliche und private Leben konturierenden Ideologie, in die vor allem die jüngeren Jahrgänge der 16- bis 23jährigen mit einer gewissen Systematik hineinsozialisiert wurden. Klaus Peter Schulz vertritt 1951 sogar die Auffassung, gerade in der Jugend sei das totalitäre Element, das dieser Ideologie zugrunde lag, nicht folgenlos geblieben. Bot es doch »die unendliche Erleichterung, wenn nicht völlige Beseitigung aller geistigen Bürden des Daseins. Einen Zwang, den jede Freiheit unvermeidlich einschließt, hebt – mit scheinbarer Paradoxie – ein totalitäres Staats- und Gesellschaftsgefüge auf: den Zwang des Sich-Orientieren-Müssens in der Welt und an der Welt«⁴³.

Um den Aufbau einer neuen moralisch-politischen Ordnung bemühten sich zwar schon mit mehr oder weniger großem Geschick die Besatzungsmächte (diese eher mit Mißgeschick) sowie die Kirchen⁴⁴ und die neu entstandenen politischen Parteien. Und die ersten Jahrgänge der Deutschen Rundschau, der Frankfurter Hefte, der Gegenwart, der Gewerkschaftlichen Monatshefte, des Monats und anderer Zeitschriften – vor allem auch solcher aus dem kirchlichen Raum – legen Zeugnis von diesem Bemühen ab. Doch läßt die Erfahrung des Nationalsozialismus und seines Untergangs große Teile der Bevölkerung bei aller Intensität der Diskussion, die unter Publizisten und Politikern geführt wird, zunächst in einem gewissen abwartenden Mißtrauen gegenüber den Entwürfen einer neuen sozialen Ordnung verharren.

Als zweites Moment, das zu dem aufgezeigten Unsicherheitspotential der kollektiven Schicksalslagen hinzutritt, ist wohl auch der Umstand anzusehen, daß die Bundesrepublik bei ihrer Gründung, so wie in der Präambel und in Artikel 146 des Grundgesetzes nieder-

40 Ulrich Lohmar, Die Berufsnot der Jugend, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 3, 1952, S. 234.

41 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Allensbach 1956, S. 231.

42 Ebd., S. 231.

43 Klaus Peter Schulz, Die Wurzeln des sozialen Defaitismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 2, 1951, S. 5.

44 Zur Rolle der katholischen Kirche siehe Karl Forster, Neuansätze der gesellschaftlichen Präsenz von Kirche und Katholizismus nach 1945, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Kirche und Katholizismus 1945–1949, Paderborn 1977, S. 109–133. Das geistig-politische Klima dieser Epoche insgesamt analysiert Stephen D. Berger, The Development of Legitimizing Ideas, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 3, München/Wien 1973, S. 9–193.

gelegt, in gewisser Weise als Provisorium bis zur Wiedervereinigung konzipiert wird. Ohne hier auf die Frage eingehen zu wollen, welcher Stellenwert dem Bekenntnis zur Wiedervereinigung und zur Neugestaltung eines wiedervereinigten Deutschland im Kalkül der politischen Kräfte tatsächlich zukommt, ist doch davon auszugehen, daß die Vorläufigkeit der Bundesrepublik Gegenstand der innenpolitischen Diskussion und vor allem auch ein mitunter krisenträchtiges Thema der außenpolitischen Beziehungen ist. Tatsächliche oder auch nur als solche gedeutete außenpolitische Bedrohungen gehen dabei im Erleben der Menschen eine Verbindung ein mit der Vorstellung, daß das neue Staatsgebilde eigentlich prinzipiell zur Disposition stünde. Diese Vorstellung verblaßt zwar zunehmend mit dem Eindruck, daß sich die Institutionen des Staates zu etablieren wissen und daß die Bundesrepublik außenpolitisch an Anerkennung gewinnt, doch wird in der Publizistik – hier besonders vehement von Erich Kuby⁴⁵ – und in der politischen Auseinandersetzung immer wieder in Zweifel gezogen, ob der eingeschlagene Weg für Deutschland tatsächlich der richtige sei.

3. RÜCKZUGSTENDENZEN UND SOZIALER AUFSTIEG

Die sich so teils aus kollektiven Schicksalslagen, teils aus ideologischen Umbrüchen, teils aus politischen Instabilitäten ergebenden Unsicherheitspotentiale sind zentraler Bestandteil des Lebensgefühls der 50er Jahre und beeinflussen die Verhaltenstendenzen der Menschen. Diese Verhaltenstendenzen weisen – so lassen sich vorliegende sozialwissenschaftliche Befunde deuten – nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches, in den Jahren der Besatzungszeit, aber auch noch zu Beginn der 50er Jahre in eine Richtung, in der auf die erfahrene und immer noch erfahrbare Unsicherheit in den eigenen Lebensumständen mit dem Rückzug auf kleinräumliche Strukturen reagiert wird.

Die schon angesprochene, 1949–1950 unter der Leitung von Helmut Schelsky durchgeführte und 1953 veröffentlichte Untersuchung über die Familie in der Bundesrepublik läßt erkennen, in welchem starkem Maße gerade durch den Rückzug auf die Familie eine Stabilisierung der persönlichen Verhältnisse erhofft und teilweise ja wohl auch erreicht wird. Der Rückzug auf kleinräumliche Sozialbeziehungen nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches war zunächst ein Gebot des schieren Überlebens, denn neben Kirchengemeinde und Familie war eben kaum noch etwas an öffentlicher Ordnung greifbar⁴⁶. In der weiteren Entwicklung, vor allem im unmittelbaren Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik und nach erfolgter Gründung, tritt neben das Überlebensmoment ein zweites Moment hinzu, das allmählich immer mehr an Bedeutung gewinnt: Die Solidargemeinschaft der Familie wird zur Ausgangsbasis für den sozialen Aufstieg. Daß sozialer Aufstieg zu einem dominanten Verhaltensmotiv aufrückt, ist angesichts der massiven Deklassierungsprozesse, von denen ja nicht nur ehemalige Nationalsozialisten betroffen sind, nicht verwunderlich. So zeigen die von Bolte in Schleswig-Holstein durchgeführten Mobilitätsuntersuchungen, daß von

45 Siehe hierzu etwa *Erich Kuby*, *Das ist des Deutschen Vaterland. 70 Millionen in zwei Wartesälen*, Stuttgart 1957; *ders.*, *Halbzeit in Westdeutschland und die Wiedervereinigung*, in: *Frankfurter Hefte*, Jg. 14, 1959, S. 2–9.

46 *Friedrich H. Tenbruck*, *Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik*, in: *Löwenthal/Schwarz* (Hrsg.), S. 291.

den älteren einheimischen Erwerbstätigen des Ausgangsjahres 1939 bis 1953 6,5 % einen sozialen Abstieg erlebt haben. Von den älteren »Flüchtlingen« haben in demselben Zeitraum sogar 14,7 % einen sozialen Abstieg erfahren. Nimmt man zum Schicksal des sozialen Abstiegs noch das der Arbeitslosigkeit hinzu, dann können 18,1 % der älteren Einheimischen und 46,6 % der älteren »Flüchtlinge« zu den sozial Deklassierten gezählt werden. Von den jüngeren einheimischen Erwerbstätigen des Ausgangsjahres 1939 steigen bis 1953 6,3 % ab, von den »Flüchtlingen« 20,4 %. Nimmt man wieder sozialen Abstieg und Arbeitslosigkeit zusammen, dann zählen 14,0 % der Einheimischen und 35,4 % der »Flüchtlinge« zu den sozial Deklassierten⁴⁷.

Aufgrund einer Analyse von 3385 Fällen gelangt Janowitz, jetzt bezogen auf ganz Westdeutschland, für den Zeitraum von 1939 bis 1955 (einem Jahr, in dem der Wiederaufbau schon fortgeschritten ist) zu einer Abstiegsquote von 11,3 % innerhalb einer Generation und von 20,2 % zwischen den Generationen⁴⁸. Bleiben die landwirtschaftlichen Schichten in der Analyse unberücksichtigt, dann liegt die Abstiegsquote innerhalb einer Generation noch höher, nämlich bei 13,1 %⁴⁹. Deklassierungsprozesse dieses Ausmaßes lassen sozialen Aufstieg mit einer gewissen Notwendigkeit in den Bereich der kollektiven Zielvorstellungen treten.

Als spezifisch für die Nachkriegszeit sieht Schelsky – und hierin stimmen Autoren wie Eugen Kogon⁵⁰ und Erich Boettcher⁵¹ mit ihm überein – nun den Umstand an, daß Aufstieg als ein zentrales Moment zur Erreichung von sozialer Sicherheit angesehen wird. Der Verlust von Besitz und die Einbuße von erworbenen Rechten haben seiner Auffassung nach in weiten Teilen der Bevölkerung zu der Auffassung geführt, »daß materielle und rechtliche Sicherungen der Existenz weit versehrbarer und trügerischer sind als das von jedem einzelnen erworbene fachliche und berufliche Können«⁵². Solches Können ist – einer verbreiteten Einschätzung zufolge – aus nahezu jedem Zusammenbruch zu retten und auch unter ganz andersartigen politischen Bedingungen einsetzbar. Fachkönnen ist immer gefragt. Investitionen in die berufliche Qualifikation und damit in den sozialen Aufstieg sind so zu den sichersten Investitionen überhaupt zu zählen.

Wo aus Altersgründen oder aus gesundheitlichen Gründen ein Aufstieg selbst nicht mehr in Angriff genommen werden kann, sollen zumindest die Voraussetzungen für einen solchen Aufstieg der Kinder geschaffen werden. Über unmittelbare materielle Interessen hinaus tritt hier wieder das Moment der Familie als Solidargemeinschaft und in Andeutungen ja wohl auch als Symbolgemeinschaft hervor. Neben dem »Zusammenhalt in der intimen familiären Gruppe« wird so »die Sicherheit in der beruflichen Leistung eine der tiefgreifenden Lebenserfahrungen des sozialen Zusammenbruchs unserer Gesellschaft«⁵³. Die von der Elterngeneration gemachten Erfahrungen und die damit einhergehende neue Einschätzung des sozialen Aufstiegs und der sozialen Sicherheit schlagen sich, so deutet Schelsky die

47 Bolte, a. a. O., S. 33 f.

48 Morris Janowitz, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 10, 1958, S. 12.

49 Ebd., S. 13.

50 Eugen Kogon, Charakterzüge der jungen Generation Deutschlands, in: Frankfurter Hefte, Jg. 9, 1954, S. 268–280.

51 Erich Boettcher, Prinzipien der Sozialreform. Die totale Sozialpolitik oder die Politik der sozialen Sicherung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 7, 1956, S. 94.

52 Schelsky, Wandlungen, S. 179.

53 Ebd., S. 179.

Befunde der Jugendsoziologie in der ersten Hälfte der 50er Jahre, auch in der Berufswahl der Jugendlichen nieder⁵⁴.

Die Ergebnisse der Schelskyschen Untersuchungen sind Gegenstand einer ausgedehnten Diskussion. So wird in dieser Diskussion eine tatsächliche oder vermeintliche ideologische Überhöhung der Institution Familie kritisiert, die für die gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen anachronistisch sei. Weiter wird angezweifelt, daß die Befunde Schelskys auf ein anhaltendes Phänomen und nicht nur auf eine zeitbedingte Konstellation hindeuten. Solche Zweifel werden etwa vor dem Hintergrund eigener familiensoziologischer Untersuchungen von Gerhard Baumert geäußert⁵⁵. Schließlich wird auch nur ungläubige Verwunderung darüber gezeigt, daß auf kollektive Schicksalslagen nicht mit kollektiven Strategien reagiert wird.

Gerade das letztere Moment liegt aber für eine sich des Wunschdenkens enthaltende sozialwissenschaftliche Analyse durchaus im Bereich durchschnittlicher menschlicher Verhaltensweisen. Was ist auch anderes zu erwarten, als daß Menschen, die zwölf Jahre lang den Mißbrauch öffentlicher Macht, staatlicher Autorität und kollektiver Ideale erfahren haben beziehungsweise denen nach Kriegsende dieser Mißbrauch vor Augen geführt wurde und die in den Jahren der Besatzungszeit die Segmentierung und Instabilität staatlicher Strukturen erfahren mußten, sich auf elementare Lebensgemeinschaften zurückziehen, um jene Sicherheit und Stabilität der Verhältnisse zu suchen, die sie so lange entbehren mußten und die sie jetzt vor allem in einer Investition in den eigenen sozialen Aufstieg sehen?

Die mit diesem Rückzug einhergehende Distanzierung gegenüber der öffentlichen Sphäre und dabei insbesondere der Politik ist unter zwei Gesichtspunkten zu sehen. Einmal ist diese Distanz die notwendige Konsequenz der Tatsache, daß individuelle und familiale Energien auf die Stabilisierung der persönlichen Verhältnisse und auf den sozialen Aufstieg konzentriert werden. Dabei bleibt allein schon von der zeitlichen Beanspruchung her wenig freie Kapazität für Anteilnahme und Teilnahme am öffentlichen Leben. Zum anderen geht die Distanz aber ohne Zweifel auch auf die Erfahrung des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Regimes und der damit verbundenen Konsequenzen für die persönlichen Lebensumstände zurück: »Ich habe mir einmal die Finger verbrannt und halte mich deshalb in Zukunft aus allen Dingen heraus«. Es ist dies die zu Beginn der 50er Jahre weit verbreitete und in der politischen und gesellschaftskritischen Publizistik oftmals beklagte Ohne-mich-Haltung. In das Syndrom des sozialen Rückzugs geht weiter wohl auch die Wahrnehmung der Diskrepanz zwischen den politischen und moralischen Ansprüchen der Siegermächte und ihrem tatsächlichen Verhalten ein. Schließlich wirken sich auch die Begleitumstände der Entnazifizierung in einer Weise aus, die das Vertrauen in die öffentlichen Instanzen nicht gerade stärkt⁵⁶.

Die so bedingte Distanz gegenüber der öffentlich-politischen Sphäre läßt sich anhand demoskopischer Daten recht gut belegen. So nennen im Oktober 1950 auf die Frage nach ihren Interessengebieten nur 5 % einer Befragtengruppe von sich aus »Politik und Wirtschaft«.

54 Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Köln/Berlin 1957, S. 222 ff.

55 Gerhard Baumert (unter Mitarbeit von Edith Hünninger), Deutsche Familien nach dem Kriege, Darmstadt 1954, S. 187. Diese Position gilt in der späteren Familiensoziologie als bestätigt. Siehe etwa Friedhelm Neidhardt, Die Familie in Deutschland. Gesellschaftliche Stellung, Struktur und Funktion, Opladen 1975, S. 8.

56 Vgl. Gerhard Wurzbacher (unter Mitarbeit von Renate Pflaum u. a.), Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1961, S. 257.

Bei den Männern sind es 9 %, bei den Frauen 2 %. Politik rangiert hier an 13. Stelle hinter Sport, Hauswirtschaft und Handarbeit sowie Musik, Singen und Konzerte, aber auch noch hinter Tierzucht und Mode⁵⁷. 1952 erklären 68 % der in einer Befragung erfaßten Personen, sie seien seit 1945 in keiner Parteiversammlung mehr gewesen⁵⁸. Wo Parteiversammlungen besucht werden, sind es eher solche der SPD. Bei einer 1953 im Rahmen der Arbeit des UNESCO-Instituts für Sozialwissenschaften durchgeführten und von Erich Reigrotzki ausgewerteten bundesweiten Untersuchung sind es sogar 75 % der erfaßten Personen, die seit 1945 an keiner Partei- oder Wahlversammlung mehr teilgenommen haben⁵⁹. In derselben Untersuchung geben 30 % der Befragten an, sich gelegentlich, und 61 %, sich kaum über Politik zu unterhalten⁶⁰. Im Jahre 1952 antworten 73 % einer Befragtengruppe auf die unmittelbare Frage nach dem Interesse für Politik, sie interessierten sich nicht besonders oder überhaupt nicht dafür. Bei den Männern sind es 54 %, bei den Frauen sogar 89 %⁶¹. Die demoskopischen Daten decken sich hier weitgehend mit den Ergebnissen der Forschung in kleineren sozialen Einheiten, etwa in Gemeinden. So wird bei einer von 1952 bis 1954 unter der Leitung von Gerhard Wurzbacher durchgeführten Untersuchung eines aus 45 Einheiten bestehenden Gemeindeverbandes im Einflußfeld Kölns festgestellt, daß sich die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung nicht für Politik interessiert. Die Einstellung zu den politischen Parteien läßt sich bei 43,8 % der Männer und bei 39,6 % der Frauen als ablehnend bezeichnen. Als schwankend-interesselos wird sie bei 11,4 % der Männer und 33,6 % der Frauen eingeschätzt. Anerkennung finden die politischen Parteien nur bei 36,5 % der Männer und bei 23,3 % der Frauen⁶².

Aufschlußreich ist auch das Ergebnis aus einer Umfrage vom Oktober 1952, bei der verheiratete Personen gefragt werden, welchem Partner sie den Vorzug gäben: einem, der an politischen Fragen interessiert sei und in einer Partei oder einer Gewerkschaft mitarbeite, oder einem, der sich um Politik gar nicht kümmere. 65 % der Männer und 44 % der Frauen würden einen politisch nicht interessierten Partner bevorzugen. 11 % bzw. 18 % sind unentschieden in dieser Frage⁶³. Die Orientierung an kleinräumlichen Beziehungen zeigt sich nicht zuletzt auch darin, daß im April 1952 Bekannten, Berufskollegen, Verwandten, Ehegatten und Freunden ein gutes politisches Urteil zugesprochen wird, daß nur 2 % der Befragten (4 % der Männer und 1 % der Frauen) ein solches Urteil »Personen in öffentlichen Ämtern« bescheinigen⁶⁴. Unter diesen Umständen muß ein Ergebnis vom September 1953, demzufolge 47 % der in einer Befragung erfaßten Personen (64 % der Männer und 31 % der Frauen) ausreichend darüber Bescheid zu wissen glauben, was in der Politik vor sich gehe, eher als Ausdruck eines generell niedrigen Anspruchsniveaus denn als Indikator eines erweiterten Informationsstandes gesehen werden⁶⁵.

Das niedrige Niveau des politischen Interesses wird besonders deutlich, wenn wir die langfristige Entwicklung betrachten. Es zeigt sich dann, daß der Anteil der Befragten, der die generelle Frage nach dem Interesse für Politik eindeutig positiv beurteilt, im Zeitraum von

57 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 45.

58 *Ebda.*, S. 50.

59 *Erich Reigrotzki*, *Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik*, Tübingen 1956, S. 72.

60 *Ebda.*, S. 74.

61 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 51.

62 *Wurzbacher*, S. 257.

63 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 51.

64 *Ebda.*, S. 52.

65 *Ebda.*, S. 53.

Juni 1952 bis Mai 1959 von 27 % auf 29 % steigt, daß bis Juni 1973 aber eine Steigerung auf 49 % erfolgt⁶⁶. Die für die Anfangsphase der Bundesrepublik kennzeichnende Zurückhaltung gegenüber der öffentlichen, insbesondere der politischen Sphäre zeigt sich auch in der Beteiligung an den Bundestagswahlen von 1949, 1953 und 1957. Die Wahlbeteiligung beträgt 1949 78,5 %, 1953 86,0 % und 1957 87,8 %⁶⁷. Zwischen der Wahl zum ersten und der zum zweiten deutschen Bundestag liegt offensichtlich ein Zeitraum, in dem die Bürger allmählich von einer abwartenden Skepsis, ob das neue Staatsgebilde sich stabilisiert und in welchem Umfang sich der Aufwand einer persönlichen Anteilnahme lohnt, zu einer eher zurückhaltend positiven Haltung gelangen.

Die diagnostizierbare Distanz zur öffentlich-politischen Sphäre hat eine Entsprechung auch im geistig-historischen Lebensraum, der dem einzelnen als Bezugspunkt für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation und in gewissem Maße auch als Grundlage für seine Orientierungssicherheit dient. Umfragedaten lassen deutlich zwei solcher Bezugszeiträume erkennen. Auf die Frage, wann es Deutschland in diesem Jahrhundert am besten gegangen sei, nennen im Oktober 1951 45 % einer Befragtengruppe unter Rückgriff auf »vornationalsozialistische Gesinnungspositionen«⁶⁸ das Kaiserreich und 40 % den Zeitraum zwischen 1933 und 1938⁶⁹. Aus diesem Ergebnis ein generelles Weiterwirken nationalsozialistischen Gedankenguts und die Faszination durch ein autoritäres Regime zu folgern, erscheint wohl überzogen, wenngleich dies für bestimmte Bevölkerungsgruppen natürlich nicht auszuschließen ist. Viel eher scheint aber für die Bevorzugung gerade des Zeitraums zwischen 1933 und 1938 die Erinnerung an das, zumindest oberflächliche, Ende einer Wirtschaftskrise und den Aufbau innenpolitischer Stabilität zu sprechen. Mit anderen Worten: Es handelt sich hier um das für Jahre zum festen Bestandteil populärer Geschichtsinterpretation gewordene »Arbeit-und-Autobahn-Syndrom« in der Beurteilung des Dritten Reiches.

Daß sich die Bewertung der Gegenwart geändert und die genannten Bezugszeiträume an Bedeutung verlieren, zeigt eine längsschnitthafte Betrachtung der Antworten auf die Frage nach den »goldenen Jahren«. Nennen im Oktober 1951 nur 2 % der Bevölkerung die Gegenwart, so sind es am Ende des hier interessierenden Zeitraums, im Juni 1959, schon 42 %; im Dezember 1963 sind es 62 % und im April 1970 81 %. Entsprechend dieser Zunahme der positiven Bewertung der Gegenwart nimmt die positive Einschätzung des »Kaiserreiches« ab: 1959 sind es 28 %, 1963 sind es 16 %, 1970 sind es 5 %. Dasselbe gilt auch für die Vorkriegsphase des Nationalsozialismus (1933–1939). Im Jahre 1959 bewerten noch 18 % der Befragten diesen Zeitraum hoch, im Jahre 1963 sind es noch 10 %, 1970 schließlich nur noch 5 %⁷⁰. Das erstaunliche Anwachsen der positiven Bewertung der Gegenwart von 1951 bis 1959 läßt sich nur zu einem geringen Teil damit erklären, daß eine Generation herangewachsen ist, für die die beiden großen Bezugszeiträume keine Realität mehr darstellen. Viel eher spiegelt sich hier die Erfahrung einer – relativ gesehen – außergewöhnlichen Erhöhung des persönlichen Lebensstandards, der Stabilisierung einer staatlichen Ordnung und des Wiederaufbaus der Wirtschaft wider.

Daß sich die positive Beurteilung der bundesrepublikanischen Wirklichkeit erhöht, ist gewiß auch als Ausdruck der Tatsache zu deuten, daß größere Kreise der Bevölkerung

66 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973*, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Allensbach/Bonn 1974, S. 213.

67 *Statistisches Jahrbuch . . . 1960*, S. 137.

68 *Helmut Schelsky*, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, S. 136.

69 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 126.

70 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973*, S. 209.

einen Teil jener persönlichen, wirtschaftlichen, politischen, aber wohl auch ideologischen Sicherheit erreicht haben, die verbreitetes Handlungsziel war. In dem Maße, in dem die Existenz des einzelnen sich auf einem im Vergleich zur Ausgangslage deutlich höheren Niveau konsolidiert und die Lebensumstände als stärker gesichert erscheinen, gewinnen nun politische Programme an Aktualität und Attraktivität, die die Sicherung des Erreichten ins Zentrum rücken. Neben anderen von der Zeitgeschichte und Politikwissenschaft auszu- deutenden Faktoren dürfte dieses Moment gewiß auch beim Zustandekommen des großen Erfolges von Adenauer und der CDU in der Bundestagswahl von 1957 eine Rolle spielen. Als Illustration hierzu sei noch einmal ein Umfrageergebnis vom September 1957 herangezogen. Den Befragten werden zwei fiktive Aussagen von Diskutanten vorgegeben. Die eine Aussage lautet: »In der Politik kommt es darauf an, ruhige Verhältnisse zu schaffen. Da darf man nicht immer etwas Neues anfangen.« Die andere Aussage lautet: »Im Gegenteil: in der Politik muß immer wieder etwas Neues kommen. Erst dadurch kommt man weiter«. Dem ersten Statement stimmen 53 % der Befragten zu, dem zweiten 27 %, 20 % sind unentschieden. CDU- und FDP/DVP-Anhänger bevorzugen mit 63 % bzw. 58 % die erste Auffassung, während SPD-Anhänger zu 53 % der zweiten Auffassung zu- neigen⁷¹.

Die Strategie, in der politischen Auseinandersetzung »auf Sicherheit zu spielen«, wird zwar – gerade auch in der Auseinandersetzung mit dem Ergebnis der Bundestagswahl von 1957 – heftig angegriffen und als verhängnisvoll für die weitere Entwicklung Deutschlands beschworen⁷². Die Problematisierung dieser Tendenzen auf der politisch-publizistischen Ebene hat aber zunächst nur eine eingeschränkte Entsprechung im Erfahrungs- und Vorstellungshorizont der Bevölkerung. Große Gruppen der Bevölkerung können in der Regel nun einmal feststellen, daß sich ihre Situation in den letzten 8 Jahren gebessert hat. Deshalb sind sie auch mit dem Argument zu beindrucken, dieser Aufstieg könne gefährdet werden. Unter diesen Umständen sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Unsicherheit gleichsam instrumentalisiert wird, daß die dem Begriff angelagerten Bedeutungsinhalte zur Waffe in der politischen Auseinandersetzung werden und daß damit die Rolle von »Sicherheit« als einer gesellschaftlichen Wertidee noch gesteigert wird. Politische Gegner sind nun schon dadurch zu denunzieren, daß von ihnen behauptet wird, sie setzten leichtfertig Sicherheit aufs Spiel⁷³.

4. SOZIALPOLITIK ALS EINGRENZUNG SOZIALER NOTLAGEN UND ALS POLITIK DER SOZIALEN SICHERUNG

Die Investitionen in den individuellen sozialen Aufstieg bei zunächst deutlich ausgeprägter Distanz zur öffentlich-politischen Sphäre laufen parallel mit kollektiven Strategien, Not-situationen einzugrenzen und damit Unsicherheit zu reduzieren. Es scheint hier sogar die Frage angebracht, ob die zunächst eher »privaten« Formen der Herstellung von Sicherheit nicht zuletzt doch auch dadurch ermöglicht werden, daß staatliche Maßnahmen ent-

71 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Allensbach/Bonn 1965, S. 433.

72 Siehe »Keine Experimente«, in: Frankfurter Hefte, Jg. 12, 1957, S. 673–675.

73 Braun, S. 50.

sprechende Rahmenbedingungen schaffen oder zumindest den für die individuelle Sicherheitsbefindlichkeit bedeutsamen Eindruck vermitteln, solche Rahmenbedingungen seien im Entstehen begriffen.

Die erste Stoßrichtung dieser Strategien ist die Eingrenzung und ansatzweise Kompensation der Kriegsfolgen. Als Vorläufer des späteren Lastenausgleichsgesetzes tritt am 8. August 1949 im Bereich der amerikanischen und britischen Besatzungszone das »Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notlagen (Soforthilfegesetz)« in Kraft⁷⁴. Das Gesetz schafft die Voraussetzungen für eine von der Fürsorge unabhängige Unterhaltshilfe für Personen, die Schäden an ihrem Vermögen oder an ihrer Existenzgrundlage erlitten haben. Das Soforthilfegesetz wird 1952 abgelöst durch das Lastenausgleichsgesetz, dem ein Feststellungsgesetz zur Feststellung der zu kompensierenden Schäden vorausgeht. Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz, auf die ein Rechtsanspruch besteht, sind die Hauptentschädigung (die erst 1959 in größerem Umfang einsetzt), die Kriegsschadenrente, die Hausratentschädigung, die Entschädigung im Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener und die Entschädigung nach dem Altspargergesetz. Leistungen ohne Rechtsanspruch sind unter anderem Aufbaudarlehen, Arbeitsplatzdarlehen und Wohnraumhilfe⁷⁵.

Finanziert wird der Lastenausgleich durch die Vermögensabgabe, die Hypothekengewinnabgabe und die Kreditgewinnabgabe. Mittel aus dem allgemeinen Steueraufkommen müssen zugeschossen werden⁷⁶. Die Leistungen im Rahmen des Lastenausgleichs belaufen sich 1953 auf insgesamt 3,404 Milliarden DM, 1957 auf 3,744 Milliarden DM und 1959 auf 4,356 Milliarden DM. Den größten Posten stellt 1957 mit 1,146 Milliarden DM die Hausratentschädigung dar, es folgen die Aufwendungen für den Wohnungsbau (882 Millionen DM), die Unterhaltshilfe (852 Millionen DM) und die Eingliederungshilfe für die Landwirtschaft (228 Millionen DM)⁷⁷. Auf die geschädigten Gruppen bezogen, werden die meisten Mittel 1957 für die Vertriebenen (2,265 Milliarden DM) aufgewendet. Es folgen die Kriegssachgeschädigten (1,029 Milliarden DM), die Sparergeschädigten (289 Millionen DM) und die Sowjetzonenflüchtlinge (146 Millionen DM)⁷⁸.

Der Lastenausgleich stößt zunächst bei der Bevölkerung auf eine weitgehende Skepsis. Noch vor dem Inkrafttreten des Soforthilfegesetzes, als die Diskussion um einen Lastenausgleich aber schon im Gange ist, versprechen sich im Oktober 1948 nur 19 % der in einer Befragung erfaßten Personen viel oder etwas von dem geplanten Lastenausgleich, 47 % erwarten nichts oder Nachteile, und 34 % können sich zu dem Vorhaben noch kein Urteil bilden⁷⁹. Diese Skepsis nimmt im Laufe der Jahre ab, wenngleich die Modalitäten des Lastenausgleichs, insbesondere seine unter den gegebenen Umständen wohl unumgängliche Bürokratisierung, Gegenstand der Kritik sind. Wie Nahm in einer zusammenfassenden Bewertung 1974 feststellt, hat der Lastenausgleich »keine fühlbare Vermögensumschichtung und keine Änderung der Sozialstruktur bewirkt. Er hat aber auch nicht zu bleibenden inneren Parteiungen oder Unruhen geführt«. Der Lastenausgleich »hat jedoch wesentlich dazu beigetragen, die Volkswirtschaft anzukurbeln, den Wohnungsbau zu finanzieren, die

74 Peter Paul Nahm, Lastenausgleich und Integration der Vertriebenen und Geflüchteten, in: Löwenthal/Schwarz (Hrsg.), S. 820.

75 Übersicht über die Soziale Sicherung, S. 133.

76 Ebd., S. 139.

77 Ebd., S. 139.

78 Ebd., S. 140.

79 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, S. 200.

Gemeinden von Kriegsfolgen zu entlasten und die Vermassung der Opfer von Vertreibung, Flucht und Bombenkrieg wieder aufzulösen«⁸⁰.

Die neben dem Lastenausgleich zweite Strategie zur Eingrenzung und Bewältigung der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Notlagen ist die Kriegsoferversorgung. Die bestehenden unterschiedlichen Regelungen der Länder werden dabei durch das Bundesversorgungsgesetz vom 1. Oktober 1950 abgelöst⁸¹. Im Jahre 1951 beträgt der Aufwand für die Kriegsoferversorgung insgesamt 3,169 Milliarden DM. Darunter sind 934 Millionen DM für Beschädigtenrenten und 1,502 Milliarden DM für Witwen- und Waisenrenten. 1955 beläuft sich der Gesamtaufwand auf 3,452 Milliarden DM, darunter 956 Millionen für Beschädigtenrenten und 1,567 Milliarden DM für Witwen- und Waisenrenten. Im Jahre 1959 liegt der Gesamtaufwand zwar etwas niedriger, doch sind sowohl die Beschädigtenrenten als auch die Witwen- und Waisenrenten mit 1,213 Milliarden DM bzw. 1,571 Milliarden DM weiter angestiegen⁸². Auch von der Kriegsoferversorgung gilt, daß sie, ohne enthusiastisch aufgenommen zu werden, zu einem Bestandteil des Lebensalltags für eine quantitativ erhebliche Bevölkerungsgruppe wird. Schließlich gibt es im Jahre 1955 1,503 Millionen Empfänger von Beschädigtenrenten⁸³ und 2,64 Millionen Empfänger von Hinterbliebenenrenten⁸⁴.

Die weitreichendste Strategie zur Anhebung des Niveaus der sozialen Sicherung in den 50er Jahren ist aber ohne Zweifel die Rentenreform von 1957. Voraus geht dieser Neugliederung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten eine seit 1945 in Fachkreisen mit teilweise großer Intensität geführte Diskussion über eine »Sozialreform« in Deutschland. Vorschläge für die Aufstellung von Gesamtplänen zur Sozialreform kommen 1952 von Gerhard Mackenroth und Walter Auerbach. Mackenroths Vorschlag zielt ab auf die Erstellung eines einheitlichen Sozialbudgets und einer Rangordnung der im sozialpolitischen Raum relevanten Bedürfnisse⁸⁵. Auerbachs Vorschlag enthält die Erwägung, die gesamte Bevölkerung in einen Gesundheitsdienst einzubeziehen und eine allgemeine Basisrente zur Sicherung im Alter und bei Invalidität zu gewähren⁸⁶. Konkreter ausgestaltete Sozialpläne, die weitgehend vom bestehenden System der sozialen Sicherung absehen, enthalten die Rothenfelder Denkschrift von Achinger, Höffner, Muthesius und Neundörfer⁸⁷, der sogenannte »Schreiber-Plan«⁸⁸ und der »Sozialplan für Deutschland« der SPD⁸⁹. Sowohl in der Rothenfelder Denkschrift als auch im Schreiber-Plan wird davon ausgegangen, daß bei Einbeziehung einer betrieblichen Altersversorgung die Altersrente aus der Sozialversicherung etwa 50 % des Arbeitseinkommens ausmachen sollte. Im Sozialplan der SPD findet sich die Vorstellung, daß die Altersrente sich auf etwa 75 % des letzten Arbeitsentgeltes belaufen sollte. In die Diskussion um die Sozialreform gehen auch

80 *Nahm*, a. a. O., S. 833.

81 *Übersicht über die Soziale Sicherung*, S. 119.

82 *Ebda.*, S. 130.

83 *Ebda.*, S. 120.

84 *Ebda.*, S. 121.

85 *Gerhard Mackenroth*, Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, Berlin 1952.

86 *Walter Auerbach*, »Modell« eines Sozialplanes – eine Skizze, in: *Die Krankenversicherung*, 1952, S. 106 ff.

87 *Hans Achinger / Joseph Höffner / Hans Muthesius / Ludwig Neundörfer*, Neuordnung der sozialen Leistungen. Denkschrift auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet, Köln 1955.

88 *Wilfried Schreiber*, Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft, Köln 1955.

89 *Sozialplan für Deutschland*. Gutachten erstattet auf Anregung des SPD-Vorstandes von Auerbach, Bruch u. a., 1957.

Befunde über die Verflechtung von Sozialleistungen ein. So zeigt schon eine 1952 von Gerhard Mackenroth in Kiel durchgeführte Erhebung, daß bei den Beziehern von Sozialeinkommen teilweise eine unübersichtliche Kumulierung von Kleinstleistungen besteht⁹⁰.

Solche und ähnliche, in der Öffentlichkeit oftmals verzerrt dargestellte Befunde lassen zusammen mit Erfahrungen des sozialen Alltags und entsprechenden publizistischen Verarbeitungen das Wort von der »Rentenhysterie« aufkommen, der die deutsche Bevölkerung erlegen sei. In den Auseinandersetzungen, die hierüber geführt werden und in denen ein behauptetes Verlangen nach allumfassender sozialer Sicherung kritisiert wird, weist Walter Dirks 1956 mit Nachdruck darauf hin: »Sicherung ist keine Schande«⁹¹. Zwar gibt es für ihn eine moderne Entartung des Sicherheitsstrebens, die darin besteht, kein Risiko mehr einzugehen, doch dürfe dies nicht den Blick dafür verstellen, daß der Arbeiter heute auf institutionelle Sicherung angewiesen sei.

Die Diskussion und Verabschiedung des Gesetzes zur Neugliederung der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung wird – sieht man dies vor dem Hintergrund der weitgehenden Distanz zur politischen Sphäre in den Anfangsjahren der Bundesrepublik – in der Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt. Auf die Frage nach Gesprächsthemen der letzten Wochen nennen im Januar 1957 58 % der in einer Umfrage erfaßten Personen die neuen Rentengesetze. Bei den Männern sind es 65 %, bei den Frauen 52 %. Dieses Thema steht dabei an erster Stelle aller zur Auswahl vorgelegten Themen⁹². Bei einer Befragung im Februar 1957 sagen 91 % der erfaßten Personen von sich, sie hätten von diesen Gesetzen gehört oder gelesen⁹³. Von denjenigen, die über die Gesetze informiert sind, sehen 69 % hier eine Leistung der Regierung⁹⁴. 30 % der erfaßten Personen erwarten von den Gesetzen eher Vorteile, 6 % eher Nachteile, 13 % sind unentschieden, 51 % sind nicht betroffen oder wurden hierzu nicht befragt⁹⁵.

Das für die Öffentlichkeit eigentlich Neue an der Rentenreform, die im übrigen das bestehende System der sozialen Sicherung nicht grundsätzlich in Frage stellt, ist die Dynamisierung der Renten. Vor 1957 ergibt sich die Rentenhöhe aus einem allgemeinen Grundbetrag und einem Steigerungsbetrag, der von der vorausgehenden individuellen Beitragszahlung abhängig ist. In dem Maße, in dem das allgemeine Einkommensniveau ansteigt, bleiben die Altersrenten immer mehr hinter dieser Entwicklung zurück – es sei denn, der Gesetzgeber beschließt während der Laufzeit der Renten eine Anhebung⁹⁶.

Die 1957 neu in die Rentenversicherung eingeführte Dynamik bindet die Rentenbemessung nun an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung. Aus konjunkturpolitischen Gründen wird die allgemeine Bemessungsgrundlage allerdings nicht auf das durchschnittliche Einkommensniveau des Jahres ausgerichtet, in dem der Rentenfall eintritt, sondern wird ermittelt als durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt aller Versicherten im dreijährigen Zeitraum vor dem Kalenderjahr, das dem Eintritt des Versicherungsfalles vorausgeht⁹⁷. Für 1957 beträgt die so errechnete allgemeine Bemessungsgrundlage in der Arbeiterrenten- und

90 *Gerhard Mackenroth*, Die Verflechtung der Sozialleistungen. Ergebnisse einer Stichprobe, Berlin 1954.

91 *Walter Dirks*, Sicherung ist keine Schande, in: Frankfurter Hefte, Jg. 11, 1956, S. 34–39.

92 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, S. 243.

93 *Ebda.*, S. 417.

94 *Ebda.*, S. 417.

95 *Ebda.*, S. 418.

96 *Wilfrid Schreiber*, Um die soziale Sicherheit, in: Löwenthal/Schwarz (Hrsg.), S. 800.

97 *Hans Braun*, Soziale Sicherung. System und Funktion, Stuttgart 1973, S. 60.

Angestelltenversicherung 4281 DM und in der Knappschaftsversicherung 4320 DM. Bis 1959 erhöhen sich die allgemeinen Bemessungsgrundlagen auf 4812 DM bzw. 4826 DM⁹⁸.

In die Formel zur Bestimmung der Rentenhöhe gehen neben der allgemeinen Bemessungsgrundlage noch weitere drei Faktoren ein: die persönliche Bemessungsgrundlage, die Versicherungsdauer und der Steigerungssatz je anrechnungsfähigem Versicherungsjahr. Die Rentenformel dient zunächst nur zur Feststellung der Neurenten. Über die Anpassung der laufenden Renten (»Bestandsrenten«) muß nach Anhörung eines Sozialbeirats vom Bundestag beschlossen werden. Dabei werden in der Regel die Steigerungsraten festgesetzt, die sich aus der Anwendung der Rentenformel auf die Zugangsrenten ergeben⁹⁹.

Die Rentenreform hat eine Anhebung des allgemeinen Rentenniveaus zur Folge. Bei Aussagen über dieses Rentenniveau ist allerdings zu berücksichtigen, daß in die Berechnung der Durchschnittswerte immer auch Klein- und Kleinstrenten eingehen, deren Empfänger zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts in der Regel auf zusätzliche Sozialleistungen aus anderen Quellen bzw. auf ein eigenes Arbeitseinkommen zurückgreifen können. Genau dies beleuchtet ja auch die von Mackenroth durchgeführte Untersuchung. Im Jahre 1951 beträgt die durchschnittliche Höhe der Versichertenrenten in der Arbeiterrentenversicherung 60,60 DM, in der Angestelltenversicherung 92,10 DM und in der Knappschaftsversicherung 113,40 DM. Die durchschnittliche Höhe der Witwenrenten liegt in der Arbeiterrentenversicherung bei 34,80 DM, in der Angestelltenversicherung bei 45,10 DM und in der Knappschaftsversicherung bei 57,60 DM. Die durchschnittlichen Waisenrenten belaufen sich in der Arbeiterrentenversicherung auf 21,80 DM, in der Angestelltenversicherung auf 24,00 DM und in der Knappschaftsversicherung auf 22,00 DM¹⁰⁰. Im Januar 1957 liegt die durchschnittliche Höhe der Versichertenrenten in der Arbeiterrentenversicherung bei 90,40 DM, in der Angestelltenversicherung bei 137,90 DM und in der Knappschaftsversicherung bei 187,10 DM. Die durchschnittlichen Witwenrenten belaufen sich in der Arbeiterrentenversicherung auf 56,50 DM, in der Angestelltenversicherung auf 74,20 DM und in der Knappschaftsversicherung auf 104,90 DM. Die Durchschnittswerte der Waisenrenten liegen in der Arbeiterrentenversicherung bei 31,80 DM, in der Angestelltenversicherung bei 38,60 DM und in der Knappschaftsversicherung bei 38,10 DM¹⁰¹. Damit steigen im Zeitraum von 1951 bis zum Januar 1957 die durchschnittlichen Versichertenrenten in der Arbeiterrentenversicherung um 49,2 %, in der Angestelltenversicherung um 49,7 % und in der Knappschaftlichen Rentenversicherung um 65 %. Der Anstieg der durchschnittlichen Versichertenrenten von 1957 auf 1958 beträgt demgegenüber in der Arbeiterrentenversicherung 59,3 % und in der Angestelltenversicherung 65,8 %. Bis zum Jahresanfang 1958 erhöhen sich nämlich die durchschnittlichen Versichertenrenten in der Arbeiterrentenversicherung auf 144,00 DM, in der Angestelltenversicherung auf 228,60 DM und in der Knappschaftsversicherung auf 210,20 DM. Die durchschnittlichen Witwenrenten erhöhen sich in der Arbeiterrentenversicherung auf 100,30 DM, in der Angestelltenversicherung auf 142,40 DM und in der Knappschaftsversicherung auf 105,80 DM. Die Waisenrenten schließlich belaufen sich jetzt in der Arbeiterrentenversicherung auf 50,60 DM, in der Angestelltenversicherung auf 54,60 DM und in der Knappschaftsversicherung auf 38,30 DM. In der Knappschaftsversicherung erfolgt ein deutlicher Anstieg der Renten nicht von 1957 auf

98 *Übersicht über die soziale Sicherung*, S. 62.

99 *Schreiber*, a. a. O., S. 802.

100 *Übersicht über die soziale Sicherung*, S. 58.

101 *Ebda.*, S. 58.

1958, sondern erst von 1958 auf 1959¹⁰². Hier erhöhen sich die durchschnittlichen Versichertenrenten um 32,7 %.

Wie sich in den Jahren nach der Rentenreform herausstellt, erreicht ein Rentner, der 40 anrechnungsfähige Versicherungsjahre aufzuweisen hat, nicht das Rentenniveau, das bei der Konstruktion und Verabschiedung der Gesetzeswerke angestrebt wurde¹⁰³. Dies trägt dazu bei, daß die zunächst in weiten Kreisen der Betroffenen positive Einschätzung der Rentengesetze allmählich wieder abnimmt. Doch dürfte der Ausgang der Bundestagswahlen vom September 1957 von der Verabschiedung der Rentengesetze durch den Bundestag nicht unwesentlich beeinflußt worden sein.

Für die längerfristige Einschätzung der sozialen Sicherung durch die von ihr erfaßten Personen nicht unwichtig sind das Abrücken vom Prinzip der Kapitaldeckung in der Rentenversicherung, das faktisch allerdings schon nicht mehr bestanden hat, und die Hinwendung zu einem am Umlageprinzip orientierten Deckungsverfahren. Bei Vorhandensein eines bestimmten »Kapitalbestandes« werden die laufenden Ausgaben in Form von Rentenzahlungen durch die Abgaben der im Arbeitsprozeß Stehenden finanziert¹⁰⁴. Oder im Bewußtsein der betroffenen Arbeiter und Angestellten: »Wir bezahlen die Renten der Alten, unsere Kinder haben einmal unsere Renten zu bezahlen«. In die öffentliche Diskussion wird in diesem Zusammenhang der Begriff des Generationenvertrages eingeführt.

In welchem Maße die so perzipierte Konstruktion der Rentenversicherung die Sicherheitsbefindlichkeit des einzelnen beeinflußt, zeigt sich in der Gegenwart, wo im Zuge der Diskussion über den Geburtenrückgang in der Bundesrepublik immer wieder die Frage auftaucht: »Wie sicher sind unsere Renten?«¹⁰⁵. Was zunächst aus der Sicht der Betroffenen als »Sicherheit« der sozialen Sicherung gedeutet werden kann, daß nämlich die Entwertung der in die Versicherung eingezahlten Beiträge – anders als beim individuellen Sparen – keinen Einfluß hat auf die zu erwartende Rente, wird unter dem Einfluß demographischer Veränderungen zu einer neuen Quelle subjektiver Unsicherheit.

Auch bei einer offensichtlich erhöhten Krisenfestigkeit der sozialen Sicherung ist nicht anzunehmen, daß die Perfektionierung des Systems sich automatisch in einer Erhöhung der Sicherheitsbefindlichkeit der betroffenen Bevölkerungsgruppen niederschlägt. Die Bürokratisierung des Verwaltungsapparats, die Differenzierung der gesetzlichen Bestimmungen und die Komplizierung der Berechnungsverfahren machen das System für den einzelnen immer intransparenter. Daß die Rentenreform, insbesondere was die Finanzierung der Renten anbelangt, diese Intransparenz nicht verringert, sondern eher noch erhöht, ist anzunehmen. Vierzehn Jahre nach der Rentenreform zeigt eine lokal zwar begrenzte, in ihrem Aussagewert aber über den Erhebungsraum hinausgehende Befragung von 55- bis 60jährigen Arbeitern und Angestellten, daß 40 % der untersuchten Personen keinen der Faktoren zu nennen wissen, die in die Berechnung der Rente eingehen. Mit 38 % etwas geringer – aber im Grunde doch noch erschreckend hoch – ist der Anteil derjenigen, die keine Vorstellung von der Höhe der einmal zu erwartenden Rente haben¹⁰⁶. Auch die

102 *Ebda.*, S. 59.

103 *Schreiber*, a. a. O., S. 801.

104 *Ebda.*, S. 803 f.

105 Eine vergleichsweise optimistische Einschätzung dieses Problems findet sich bei *Hilde Wander*, Volkswirtschaftliche Aspekte des Geburtenrückganges in der Bundesrepublik, in: *Johannes Gründel* (Hrsg.), *Sterbendes Volk? Fakten, Ursachen, Konsequenzen des Geburtenrückganges in der BRD*, Düsseldorf 1973, S. 37–59.

106 *Hans Braun*, Die Einschätzung der sozialen Sicherung durch ältere Arbeitnehmer, in: *Soziale Sicherheit. Zeitschrift für Sozialpolitik*, Jg. 21, 1972, S. 167.

Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung wird von einem nicht zu übersehenden Anteil der befragten älteren Arbeitnehmer mit einem gewissen Mißtrauen beurteilt. Dieses Mißtrauen ist bei Flüchtlingen und Heimatvertriebenen stärker ausgeprägt als bei denen, denen ein solches Schicksal erspart blieb. Äußern sich in der ersten Gruppe nahezu die Hälfte in diesem Sinne, dann sind es in der zweiten Gruppe »nur« 37 %¹⁰⁷.

Insgesamt ist aus diesen Befunden, die auf Entwicklungslinien liegen, welche durch die Rentenreform von 1957 nicht unmaßgeblich beeinflußt wurden, der Schluß zu ziehen, daß eine Lücke besteht zwischen dem durch die sozialpolitischen Institutionen erbrachten Angebot an »sozialer Sicherheit« und der subjektiven Verarbeitung dieses Angebots in der Sicherheitsbefindlichkeit des einzelnen. Die in der Reaktion auf ein »Bedürfnis« nach verstärkter Sicherung entwickelten institutionellen Lösungen sind offensichtlich auf eine gezielte Vermittlung angewiesen, um die erhoffte Wirkung auch erreichen zu können¹⁰⁸. Dies wird in den 50er Jahren nicht gesehen und, so ließe sich die weitere Entwicklung charakterisieren, in der Folgezeit erst allmählich erkannt. Daß diesen Vermittlungsproblemen zunächst keine Beachtung geschenkt wird, ja daß sie vielleicht unter den konkreten historischen Bedingungen gar nicht wahrnehmbar sind, ist unter anderem wohl darin begründet, daß in den 50er Jahren die sozialen Notlagen außerordentlich groß sind, so daß zunächst Fragen der Erhöhung der materiellen Basissicherung im Vordergrund stehen, und daß, damit zusammenhängend, soziale Sicherung noch weitgehend als Expansion institutioneller Lösungen verstanden wird.

Zur Vervollständigung des Bildes sei hier noch angeführt, daß in dem Bereich, in dem ein Streben nach Sicherheit in gesellschaftlich anerkannter Weise zum Durchbruch kommt, eben im Bereich der sozialen Sicherung, die Reform der Rentenversicherung, nach wie vor des bedeutendsten Zweiges eines Sicherungssystems, nicht die einzige sozialpolitische Veränderung in den 50er Jahren ist. Im Jahre 1954 wird der sogenannte »Familienlastenausgleich« durch Erlaß des Kindergeldgesetzes institutionalisiert. Das Gesetz sieht vor, daß aus Mitteln, die von den Arbeitgebern aufzubringen sind, für das 3. und die weiteren Kinder einer Familie ein Kindergeld gezahlt wird¹⁰⁹. Der von der sozialen Sicherung erfaßte Personenkreis wird nach der Einbeziehung der Angestellten 1911 und der Handwerker 1938 schließlich im Jahre 1957 noch einmal erweitert um fast 1 Million selbständige landwirtschaftliche Unternehmer durch die Einführung der »Altershilfe für Landwirte«¹¹⁰.

5. WIEDERBEWAFFNUNG ALS SICHERUNGSSTRATEGIE?

Im Vergleich zur sozialpolitischen Sicherungsstrategie weitaus umstrittener ist eine zweite kollektive Strategie, die von ihren Initiatoren als »Sicherheit« erzeugend angesehen und propagiert wird: die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis und die damit verbundene Wiederaufrüstung. Die Ausgangslage läßt sich hier mit einem Umfrageergebnis vom Oktober 1950 andeuten. Die Frage, ob sie bereit wären, Soldat zu werden, wenn Westdeutschland aus dem Osten angegriffen würde, wird von

107 *Ebda.*, S. 169.

108 *Hans Braun*, Soziale Sicherung. System und Funktion, S. 78 ff.

109 *Übersicht über die soziale Sicherung*, S. 93.

110 *Ebda.*, S. 80.

49 % der befragten Männer verneint und nur von 38 % bejaht; 13 % zeigen sich unentschieden¹¹¹. Im März 1950 sprechen sich 52 % einer Befragtengruppe gegen und 33 % für den Aufbau einer neuen deutschen Armee aus¹¹². Die feststellbaren und mitunter in schroffer Form geäußerten Vorbehalte gerade der Jugendlichen gegen eine Wiederbewaffnung möchte Schelsky allerdings nicht als ein prinzipielles Ressentiment deuten. Seiner Auffassung nach äußert sich hier – ganz im Sinne seines Arguments von der sozialen Sicherung durch sozialen Aufstieg – eher der Wunsch, »das gerade leidlich in Gang gebrachte berufliche Leben, die Ausbildung und Laufbahn nicht wieder unterbrechen oder sich nicht von der Familie oder sonstigen vertrauten Umwelt trennen und sie der Fürsorge der Behörden oder anderen ungewissen Schicksalen überlassen zu müssen«¹¹³.

Bis zum Februar 1952 hat sich das Verhältnis von Befürwortern und Ablehnern einer deutschen Streitmacht umgekehrt: 46 % einer Befragtengruppe befürworten eine selbständige deutsche Armee und 38 % sprechen sich dagegen aus¹¹⁴. In der Folgezeit wechseln sich befürwortende und ablehnende Haltungen in ihrer Dominanz ab, wobei von August 1953 bis November 1954 befürwortende Haltungen überwiegen. Im Februar 1954, dem Monat, in dem der Bundestag ein Gesetz zur Ergänzung des Artikels 73 des Grundgesetzes verabschiedet und damit die Wehrhoheit der Bundesrepublik begründet, überwiegen bei einer Umfrage noch einmal die ablehnenden Haltungen: 43 % der Befragten sprechen sich gegen und nur 39 % für eine selbständige deutsche Armee aus¹¹⁵. Als Konsequenz einer deutschen Wiederbewaffnung sehen im September 1954 34 % der in einer Befragung erfaßten Personen die Festigung des Friedens. Ein Drittel der Befragten befürchtet, wohl aus der Annahme eines möglicherweise immer noch vorhandenen deutschen Militarismus heraus, eine Vergrößerung der Kriegsgefahr, 20 % erwarten keine Konsequenzen, und 13 % haben kein Urteil zu diesem Thema¹¹⁶. Was die Gestaltung der neu zu schaffenden Armee angeht, so lassen sich im öffentlichen Meinungsklima Züge ausmachen, die auf ein gesteigertes demokratisches Potential hindeuten. Für eine weniger strenge und humanere Ausbildung sprechen sich im November 1954 73 % der befragten Männer einer Umfrage aus¹¹⁷. Für ein Wahlrecht der Soldaten sind im Januar 1955 wiederum 73 % der Männer¹¹⁸. Ebenfalls im Januar 1955 sprechen sich 45 % der Befragten für die Möglichkeit einer Kriegsdienstverweigerung aus, 39 % sind dagegen¹¹⁹.

Im gesamten Zeitraum von Ende 1950 bis Mitte 1954, in dem die Befürworter einer selbständigen deutschen Armee teilweise auch die Oberhand haben, sind bei Befragungen die negativen Einstellungen gegenüber einer Teilnahme deutscher Truppen an einer westeuropäischen Armee stärker ausgeprägt als die positiven. Im Februar 1955 aber, als der Bundestag über die Pariser Verträge zu entscheiden hat, sprechen sich 42 % einer Befragtengruppe für eine Zustimmung und 24 % für eine Ablehnung aus. 34 % sind unentschieden oder haben kein Urteil im Hinblick auf die Verträge¹²⁰. In dem Maße, in dem die Bundeswehr

111 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 355.

112 *Ebda.*, S. 357.

113 *Helmut Schelsky*, Vom sozialen Defaitismus zur sozialen Verantwortung, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 2, 1951, S. 335.

114 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 372.

115 *Ebda.*, S. 373.

116 *Ebda.*, S. 367.

117 *Ebda.*, S. 376.

118 *Ebda.*, S. 376.

119 *Ebda.*, S. 377.

120 *Ebda.*, S. 365.

sich etabliert – im Oktober 1955 ernennt der Bundespräsident die ersten freiwilligen Soldaten, im Juli 1956 verabschiedet der Bundestag das Wehrpflichtgesetz –, wird sie aber auch in der Öffentlichkeit hingenommen. Umfrageergebnisse von November 1956 bis Juli 1960 zeigen, daß die Befürworter einer Abschaffung der Bundeswehr von 34 % auf 31 % abnehmen¹²¹. Ohne »geliebt« zu sein, wird die Bundeswehr von großen Teilen der Bevölkerung als eine durch die Zeitumstände bedingte Einrichtung anerkannt und ihre Rolle im Bündnissystem überwiegend positiv beurteilt.

Die Bemühungen um eine militärische Sicherung der Bundesrepublik sind auch vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß im Lebensgefühl der 50er Jahre den Bezugspunkt der außenpolitischen Unsicherheit weitgehend die Sowjetunion darstellt. So nehmen im März 1951 56 % einer Befragtengruppe an, daß für einen neu ausbrechenden Weltkrieg die Sowjetunion verantwortlich zu machen sei, 21 % würden die Verantwortung bei den USA sehen¹²². Im Juli 1952 geben 66 % der bei einer Befragung erfaßten Personen an, die Bundesrepublik sei durch Rußland bedroht, nur 15 % sehen eine solche Bedrohung nicht als gegeben an¹²³. Und im März 1953 nennen auf die Frage, mit welchen Ländern die Bundesrepublik nicht besonders eng zusammenarbeiten sollte, 61 % der Befragten die Sowjetunion¹²⁴. Gebunden ist die Furcht vor der Sowjetunion teilweise an die Person Stalins, so daß im April 1953 40 % einer Befragtengruppe annehmen, nach dem Tode Stalins seien die Aussichten auf Erhaltung des Friedens besser geworden, 31 % sehen keine Veränderung¹²⁵.

Obleich nun im öffentlichen Meinungsklima die Sowjetunion in starkem Maße als Quelle kollektiver Unsicherheit fungiert, sind die Reaktionen auf das daraus abgeleitete Unsicherheitsgefühl durchaus ambivalent. Insbesondere das Vertrauen in die Westmächte ist zunächst nicht sehr groß. Im August 1950 vertreten 54 % einer Befragtengruppe die Auffassung, bei einem Angriff auf Westdeutschland würden sich die Besatzungstruppen zurückziehen¹²⁶. Und im März 1952 können sich nur 30 % aus einer Stichprobe junger Männer vorstellen, in einem möglichen Krieg gegen die Russen zu kämpfen. 46 % würden gar nichts tun oder abwarten¹²⁷. Zwar nehmen im September 1954 43 % der in einer Befragung erfaßten Personen an, bei einem neuen Weltkrieg hätten die USA die größeren Chancen (22 % sehen diese Chancen bei der Sowjetunion)¹²⁸, doch vertreten im Dezember 1954 48 % die Auffassung, daß Westeuropa dabei von den Russen überrollt (und vielleicht nach längerem Kampf wieder befreit) oder gar erobert würde¹²⁹. Der weniger günstigen Beurteilung der Überlebenschancen der Bundesrepublik im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung entspricht denn auch das Ergebnis einer Umfrage vom Februar 1955, bei der 38 % der Befragten der Auffassung sind, »unsere Lebensform« sollte mit allen Mitteln (auch unter der Gefahr eines Atomkrieges) verteidigt werden, während 34 % der Verhinderung eines Krieges auch angesichts der Möglichkeit einer kommunistischen Regierung den Vorzug geben würden¹³⁰.

121 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, S. 470.

122 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 348.

123 *Ebda.*, S. 352.

124 *Ebda.*, S. 331.

125 *Ebda.*, S. 335.

126 *Ebda.*, S. 350.

127 *Ebda.*, S. 351.

128 *Ebda.*, S. 351.

129 *Ebda.*, S. 351.

130 *Ebda.*, S. 348.

Im gesellschaftlichen Meinungsklima spielt hier gewiß auch der Vorstellungskomplex eine Rolle, daß kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten letztlich doch wohl auf dem Rücken der Deutschen ausgetragen würden und daß die Westmächte zur Realisierung eigener Vorteile auch die Bundesrepublik aufgeben würden. Diese Einschätzung verändert sich, vor allem was die USA anbelangt, im Laufe der Zeit. Im Februar 1958 nehmen 61 % eines befragten Personenkreises an, die USA würden bei einem Angriff der Sowjetunion der Bundesrepublik zu Hilfe kommen¹³¹. Doch wird auch noch im Dezember 1958 bei der Beurteilung der Konsequenzen eines Angriffs auf die Bundesrepublik Skepsis geäußert: 42 % einer Befragtengruppe nehmen an, daß bei einer Offensive Westdeutschland von den Russen überrannt bzw. erobert würde¹³². Daß diese Skepsis nicht rein emotionalen Ursachen entspringt, zeigt die Tatsache, daß auch heute noch unter Experten die Frage, ob die Bundesrepublik im Rahmen der NATO wirksam verteidigt werden kann, zumindest umstritten ist. Viel eher scheint die Sicherheit der Bundesrepublik zu beruhen »auf dem Funktionieren der Eskalationsdrohung, das heißt darauf, daß der potentielle Aggressor das Risiko auch eines begrenzten Angriffs nicht kalkulieren kann«¹³³. Für die Rolle der Sowjetunion als Bezugspunkt kollektiver Unsicherheitsgefühle in den 50er Jahren sind neben weltpolitischen Konstellationen auch innerdeutsche Vorgänge maßgeblich. Dies gilt für Ereignisse wie die Berlin-Blockade und die sowjetische Reaktion auf die Vorgänge des 17. Juni 1953. In diesem Zusammenhang zu sehen ist aber auch die Diskussion um die noch in sowjetischer Gefangenschaft befindlichen Angehörigen der ehemaligen deutschen Wehrmacht und die Verarbeitung der Erlebnisse von aus der Sowjetunion entlassenen Kriegsgefangenen. Schließlich gehört hierher bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 auch die »Dauererfahrung« der in die Bundesrepublik einströmenden Flüchtlinge, die eine Perspektive entstehen läßt und verfestigt, in der die Sowjetunion als Garant für den Fortbestand eines von der Bevölkerung abgelehnten Regimes im anderen Teil Deutschlands erscheint.

Das am 17. August 1956 durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochene Verbot der KPD ist so von Teilen der Bevölkerung gewiß auch aufgenommen worden als eine Ausschaltung von Kräften, die im Einklang mit der Sowjetunion die Stabilität der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik gefährden. Gerade hier aber zeigen Umfrageergebnisse vom Januar 1952 und Juni 1954, daß 35 % bzw. 30 % der erfaßten Personen sich gegen ein Verbot der KPD aussprechen. Bei den Männern sind es sogar 49 % bzw. 42 %¹³⁴. Bei den Gründen, die 1954 gegen ein Verbot geltend gemacht werden, steht das Argument, ein solches Verbot sei undemokratisch, an der Spitze. Erst dann folgen Argumente, die auf die Gefahr einer Untergrundtätigkeit abheben oder die KPD als zu unbedeutend ansehen¹³⁵.

Noch im April 1957 zeigt eine Umfrage, daß die Auffassungen, das Verbot der KPD sei notwendig bzw. nicht notwendig gewesen, gleich stark vertreten sind¹³⁶. Von den Befragten, die über das KPD-Verbot informiert sind und sich zu diesem Gegenstand eine Meinung gebildet haben, ist die Mehrheit sogar dafür, daß im Gefolge dieses Verbots verurteilte

131 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, S. 556.

132 *Ebda.*, S. 556.

133 Rudolf Hamann, Bundeswehr, in: Kurt Sontheimer / Hans H. Röhring (Hrsg.), *Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, München 1977, S. 160.

134 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*, S. 272.

135 *Ebda.*, S. 272.

136 *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964*, S. 455.

Kommunisten freigelassen werden sollen¹³⁷. Zu diesem Ergebnis tragen wahrscheinlich aus ganz unterschiedlichen Richtungen kommende Einflußfaktoren bei. Neben in Einzelfällen vorhandenen Sympathien für die KPD und – bei prinzipieller Ablehnung der Ziele dieser Partei – Vorstellungen von der Parteienvielfalt in einer Demokratie sind es taktische Überlegungen, wie einer Untergrundtätigkeit vorgebeugt werden kann. Sicherlich spielen in diesem Zusammenhang aber auch aus dem Zusammenbruch des Dritten Reiches resultierende Auffassungen eine Rolle, denen zufolge durch politische Veränderungen eigentlich jeder einmal »auf der falschen Seite« sein könne und man ihm deshalb diesen Umstand nicht anlasten dürfe.

Bei aller Vorsicht gegenüber dem Aussagewert der angeführten Umfragedaten spricht hier doch auch einiges für den Schluß, daß der viel zitierte Antikommunismus der 50er Jahre in der Bevölkerung – bei deutlicher Distanz zur KPD – wohl nicht in der Stärke nachvollzogen wird, wie er offiziell propagiert wird und sich im politischen Klima äußert. Die heutige Blick-zurück-im-Zorn-Perspektive in der Beurteilung der 50er Jahre verwischt hier oftmals notwendige Differenzierungen. Einerseits gibt Antikommunismus gewiß teilweise das Substrat ab für eine verlorengegangene und anderweitig nicht mehr beschaffbare Orientierungssicherheit, andererseits ist aber vielen Menschen die Relativität politischer Standpunkte immer noch ein ihr Denken und Handeln beeinflussender Erfahrungsbestandteil. Diese Erfahrung verhindert gleichermaßen uneingeschränkte Zustimmung und radikale Ablehnung im Umgang mit politischen Programmen und ideologischen Systemen.

Versucht man zusammenfassend zu einer Einschätzung der kollektiven Sicherungsstrategie in Gestalt der Wiederbewaffnung zu gelangen, so ist ein uneinheitliches Datenfeld in die Betrachtung einzubeziehen. Einerseits läßt sich sagen, daß einen Hauptbezugspunkt für kollektive Unsicherheitsgefühle die Sowjetunion darstellt. Sie scheint für viele Menschen für die Mächte zu stehen, welche die Integrität des im Aufbau befindlichen Staatsgebildes und die sich darin entwickelnde und die Verbesserung der persönlichen Lebensumstände ermöglichende Gesellschaftsordnung gefährden. Strategien, welche die Rahmenbedingungen für die Erhöhung des Lebensstandards und des sozialen Aufstiegs verbessern, stoßen dabei auf weitgehende Zustimmung und schlagen sich auch im Wahlverhalten nieder. Diese Zustimmung ist aber da eingeschränkt, wo es sich, wie bei der Wiederbewaffnung, um Maßnahmen handelt, die das Erreichte auch wieder gefährden können. Als Gefahr wird einmal empfunden, daß möglicherweise immer noch vorhandene militaristische Kräfte in Deutschland eine deutsche Streitmacht in riskante Abenteuer verwickeln könnten. Die noch größere Gefahr wird aber wohl darin gesehen, daß deutsche Streitkräfte in Auseinandersetzungen hineingezogen werden könnten, die wenig oder gar nichts mit deutschen Interessen zu tun haben und letztlich doch nur auf dem Boden der Bundesrepublik ausgetragen würden – einer Bundesrepublik, die bei einem Angriff aus dem Osten ohnehin kaum zu halten wäre. Unsicherheitsgefühle angesichts einer tatsächlichen oder vermeintlichen äußeren Bedrohung und Unsicherheitsgefühle angesichts der Folgen einer möglichen Reaktion auf diese Bedrohung durchdringen sich hier und schaffen im gesellschaftlichen Meinungsklima ein Feld von Widersprüchen und Ambivalenzen, in dem die schließlich doch aufgestellte Bundeswehr zwar allmählich, aber nicht einhellig akzeptiert wird.

137 *Ebda.*, S. 455.

6. SCHLUSSBEMERKUNG

Die Widersprüche und Ambivalenzen im Umkreis der Sicherungsstrategie »Wiederbewaffnung« sind Teil jener viel allgemeineren Unbestimmtheiten und Brechungen, auf die der Versuch einer Gesamtbeurteilung des Strebens nach Sicherheit in den 50er Jahren stößt. Ein solcher Versuch hat – darauf sei noch einmal hingewiesen – davon auszugehen, daß das Streben nach Sicherheit nicht Spezifikum einer bestimmten Epoche sein kann, daß Menschen als einzelne sowie als Mitglieder gesellschaftlicher Gruppen und soziale Systeme insgesamt auf das Vorhandensein eines bestimmten Maßes an Sicherheit angewiesen sind. Da diese Sicherheit durch Veränderungen in der äußeren Natur sowie durch die Dynamik sozialer und psychischer Abläufe immer wieder gefährdet wird, wird es auch immer wieder Bestrebungen zur Herstellung bzw. Wiederherstellung von Sicherheit geben. Charakteristisch für eine Epoche oder ein soziales System ist also nicht das Streben nach Sicherheit als solches, charakteristisch sind die erfahrenen Unsicherheitslagen sowie die Ziele und die Intensität des Strebens nach Sicherheit.

Was die Unsicherheitslagen anbelangt, welche die neugegründete Bundesrepublik belasten, so gibt es für deren Umfang und deren Schwere in der neueren Geschichte wenig Vergleichbares. Der extrem weite Unsicherheitshorizont der deutschen Bevölkerung wird bestimmt durch die kriegsbedingten kollektiven Schicksalslagen, die Zerstörung einer den einzelnen mit Gewalt einschließenden politisch-ideologischen Ordnung und die Ungewißheit über die Zukunft des scheinbar mit dem Gang der außenpolitischen Entwicklung zur Disposition gestellten Staatswesens.

In dieser Situation, in der die ideologisch-politischen Institutionen der Vergangenheit zerstört und entwertet und die der Zukunft noch unbestimmt sind, richtet sich der Versuch, ein bestimmtes Maß an erlebbarer Sicherheit wiederherzustellen, zunächst einmal auf die Stabilisierung der persönlichen Verhältnisse und auf einen die Folgen der verbreiteten sozialen Deklassierung beseitigenden sozialen Aufstieg. Vertrauen verdienen dabei überschaubare Sozialbeziehungen eher als Parteien und staatliche Institutionen. Im Gegenteil ist sogar eine Tendenz feststellbar, sich gegen die Enttäuschungsanfälligkeit politischer Ideologien und eines öffentlichen Engagements dadurch zu »sichern«, daß man eine gewisse Distanz wahrt gegenüber der gesamten öffentlich-politischen Sphäre – sofern nicht persönliche Interessen durch Vorgänge in dieser Sphäre ganz unmittelbar betroffen werden.

In dem Maße, in dem sich die Anzeichen für die Realisierbarkeit des Strebens nach Stabilisierung und Verbesserung der persönlichen Lebensumstände mehren, weitet sich allerdings auch der Horizont der Wahrnehmung und Bewertung solcher politischen Prozesse, die scheinbar nur in einem indirekten Bezug zur eigenen Lebenslage stehen. Anklang finden dabei Programme und Strategien, die das Erreichte einerseits als bedroht erscheinen lassen und es andererseits zu sichern versprechen. Die Zeitkritik konstatiert hier auch bald, daß in der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Ordnung – zunächst nur von einer schwachen, später von einer zunehmend stärkeren parlamentarischen Mehrheit getragen – auf Muster zurückgegriffen werde, die den Verhältnissen im Vorkriegsdeutschland entstammen. So setzt schon kurz nach Gründung der Bundesrepublik eine anhaltende Diskussion um konservative oder gar restaurative Tendenzen in Politik und Wirtschaft ein¹³⁸. In

¹³⁸ Siehe hierzu etwa *Walter Dirks*, Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte, Jg. 5, 1950, S. 942–954; *Eugen Kogon*, Die Aussichten der Restauration, in: Frankfurter Hefte, Jg. 7, 1952, S. 165–177; *Helmut Schelsky*, Das Restaurative in unserer Zeit, in: Die Neue Gesellschaft, Jg. 2, H. 4, 1955, S. 46–50.

den Analysen vom Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre gilt es sogar weitgehend als ausgemacht, daß die neugegründete Bundesrepublik ein durch und durch restauratives Unternehmen war.

Einmal davon abgesehen, daß die Kategorie der Restauration als historische Kategorie in der Beurteilung der 50er Jahre unter Umständen gar nicht greift¹³⁹, lassen sich aus der heutigen Perspektive ohne Zweifel Konstellationen angeben, in denen ein Abgehen von scheinbar »Bewährtem« und eine größere Experimentierbereitschaft günstigere Voraussetzungen für die Bewältigung späterer Problemlagen geschaffen hätten. Die Frage ist nur, in welchem Umfang eine solche Experimentierbereitschaft angesichts der Größe der kollektiven Unsicherheitspotentiale der Bevölkerung zumutbar gewesen wäre. Angesichts des durchlebten sozialen Chaos der Nachkriegsjahre und angesichts der Unbestimmtheit und weitgehenden Perspektivlosigkeit der Zukunft besitzen für die Mehrheit der Bevölkerung der Vergangenheit entstammende Muster zunächst einmal die Qualität des überhaupt Vorstellbaren¹⁴⁰.

Die durch entsprechende politische Programme abgestützte Konsolidierung und Stabilisierung der Lebensverhältnisse im Inneren, die auch die verstärkte kollektive Absicherung gegenüber typischen Lebensrisiken im Rahmen eines Systems der sozialen Sicherung einschließt, scheint aber keine vergleichbare Entsprechung im Außenverhältnis der Bundesrepublik zu haben. Der Standort und die Gestalt der Bundesrepublik werden in der Diskussion um die Wiedervereinigung immer wieder in Frage gestellt. Und die Sowjetunion stellt, teils durch eine entsprechende Präsentation in den Massenmedien, teils aber auch aufgrund von direkten oder indirekten Erfahrungen in der Bevölkerung, einen Bezugspunkt für kollektive Unsicherheitsgefühle dar. Diese Unsicherheitsgefühle vermengen sich mit jenen Unsicherheitsgefühlen, die an den möglichen deutschen Reaktionen auf die empfundene außenpolitische Bedrohung festgemacht sind. Die Strategie der äußeren Sicherung durch Wiederbewaffnung hat unter diesen Umständen nicht die Sicherheitswirkung in der Bevölkerung, die ihre Initiatoren ihr beimessen.

Die Auswirkungen der spezifischen Erscheinungsformen des Sicherheitsstrebens in den 50er Jahren auf die weitere Entwicklung der Bundesrepublik lassen sich für den Sozialwissenschaftler nicht mit der Bestimmtheit ausmachen, mit der der Historiker die Folgen von Gesetzen und die Konsequenzen von Kabinettsbeschlüssen oftmals nachzuzeichnen in der Lage ist. Verhaltenstendenzen und Lebensgefühle sind für die wissenschaftliche Analyse eben weitaus schwerer greifbar als legislative Akte und Maßnahmen der Exekutive. Nur mit Vorsicht läßt sich deshalb die weitere Entwicklung in der Weise skizzieren, daß die auf Stabilisierung der Lebensumstände, auf sozialen Auf- und in vielen Fällen Wiederaufstieg und auf den Erwerb von Rechtsansprüchen gegenüber dem Sozialleistungssystem gerichteten Formen des Sicherheitsstrebens in dem Maße an Bedeutung verlieren – sich allerdings nicht völlig auflösen –, in dem eine Generation heranwächst, für die die Ausgangslage der Bundesrepublik mit ihren gewaltigen Unsicherheitspotentialen keine selbst erfahrene Realität mehr darstellt.

Auf einem im Vergleich zu dieser Ausgangslage unbestreitbar höheren Niveau der individuellen und kollektiven Sicherung treten Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre neue Bedürfnisse in das öffentliche Bewußtsein bzw. werden durch das Bildungssystem und

139 Vgl. *Siegfried Landsbut*, Restauration und Neo-Konservatismus, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Tübingen 1957, S. 45–51.

140 *Ebda.*, S. 46 ff.

die Massenmedien dort geweckt, die ein größeres Maß an Experimentierbereitschaft und Reformfreudigkeit verlangen. Zu diesen Bedürfnissen gehört nicht nur der Wunsch nach mehr »Demokratie«, nach mehr »Selbstverwirklichung« und nach mehr »Lebensqualität«, sondern auch das Verlangen nach neuen Deutungsschemata der sozialen Wirklichkeit, nach verbindlichen Sinnsystemen und nach neue Dimensionen des Politischen eröffnenden Handlungsmaximen, die in einer Epoche der pragmatischen aber durchschnittlich erfolgreichen Lösungen nicht entwickelt, ja zunächst als Teil einer »Sicherungsstrategie« gegenüber politischen Grundsatzprogrammen und ideologischen Systemen auch gar nicht gesucht werden. Die Probleme der heutigen Bundesrepublik bestehen nicht zuletzt darin, daß diese neuen Bedürfnisse, die einer weit verbreiteten sozialen Aufbruchstimmung mit in der Terminologie »progressiven«, in der Sache aber auch oftmals unverkennbar konservativen Zügen entstammen, weiterwirken in einer Situation, in der die sichtbaren Grenzen des ökonomischen Wachstums und konjunkturelle Einbrüche den Dispositionsspielraum für Experimente und die Ressourcen für Reformen schon wieder eingeschränkt haben. Dies führt zum Abzug von Loyalität gegenüber dem Staat und der gesellschaftlichen Ordnung. Insofern läßt sich vielleicht sagen, daß das Sicherheitsstreben der 50er Jahre zu einem Teil auch die Unsicherheiten produziert, mit denen sich unsere Gesellschaft heute auseinandersetzen muß.